

14.11.01

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO

über die Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO vom 26. bis 30. Mai 2000 in Budapest, Ungarn

Die Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO fand vom 26. bis 30. Mai 2000 in Budapest, Ungarn, statt.

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten folgende Delegation:

Deutscher Bundestag:

Abg. Angelika Beer (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Hans-Dirk Bierling (CDU/CSU)
Abg. Dr. Joseph-Theodor Blank (CDU/CSU)
Abg. Wolfgang Götzer (CDU/CSU)
Abg. Monika Heubaum (SPD)
Abg. Lothar Ibrügger (SPD)
Abg. Ulrich Irmer (F.D.P.)
Abg. Dr. Dietmar Kansy (CDU/CSU)
Abg. Volker Kröning (SPD)
Abg. Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU)
Abg. Markus Meckel (SPD)
amtierender Leiter der Delegation
Abg. Manfred Opel (SPD)
Abg. Kurt J. Rossmanith (CDU/CSU)
Abg. Verena Wohlleben (SPD)
Abg. Uta Zapf (SPD)

Bundesrat

Staatsminister Volker Bouffier (CDU), Hessen
Minister Heiner Bartling (SPD), Niedersachsen

Ablauf der Tagung

Die Sitzungen des Wirtschaftsausschusses, des Politischen Ausschusses und des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie fanden am 27. Mai 2000 statt, die des Zivilen Ausschusses und des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit am 28. Mai 2000, die Sitzung des Ständigen Ausschusses am 29. Mai 2000. Das Plenum tagte am 30. Mai 2000.

Hauptthemen der diesjährigen Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO in Budapest, Ungarn, waren der Aufbau einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) und das durch die Vereinigten Staaten entwickelte Raketenabwehrsystem („National Missile Defence“). Bei den auf dieser Tagung vorgelegten Berichten handelt es sich um Berichtsentwürfe, die endgültigen Entscheidungen sollen auf der Jahrestagung in Berlin getroffen werden.

Die deutsche Delegation unter der Leitung des Abg. **Markus Meckel** (SPD) war im Politischen Ausschuss besonders aktiv, wo Generalberichterstatter Abg. **Markus Meckel** und Berichterstatter Abg. **Dr. Karl A. Lamers** (CDU/CSU) ihre Zwischenberichte zum Thema Folgen der Kosovo-Krise und Raketenabwehrsystem vorgelegt haben. Insbesondere der Zwischenbericht des Abg. **Karl A. Lamers** rief eine intensive Debatte hervor, an der die amerikanischen Vertreter mit großem Interesse teilnahmen. Im Ausschuss für Zivile Angelegenheiten stellte Generalberichterstatter Abg. **Volker Kröning** (SPD) seinen Zwischenbericht zum Thema Krisenbewältigung vor.

Die Plenarsitzung wurde vom Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der NATO, **Javier Ruperez** (Spanien) eröffnet. Es folgten Ansprachen des Premierministers Ungarns, **Viktor Orbán** und des Generalsekretärs der NATO, **Lord Robertson of Port Ellen**. Während der Sitzung des Ständigen Ausschusses am Montag, den 29. Mai 2000, erklärte der Präsident der Versammlung Abg. **Javier Ruperez** (Spanien), dass er am Ende der Tagung von seinem Amt zurücktreten wird. Bis zu der auf der Herbsttagung in Berlin vorgesehenen Wahl des Präsidenten sollte Vize-Präsident Abg. **Bliley** (Vereinigte Staaten) dieses Amt wahrnehmen. Zur Wahl des Präsidenten hat sich die Gruppe der Sozialisten über die Bewerbung des Abg. **Estrella** (Spanien) geeinigt.

Wirtschaftsausschuss

Der Wirtschaftsausschuss der Parlamentarischen Versammlung der NATO tagte am Samstag, dem 27. Mai 2000, in Budapest unter dem Vorsitz des Abg. **van Gennip** (Niederlande).

Der Ausschuss behandelte die von dem Abg. **Helminger** (Luxemburg) vorgelegten Entwürfe der Generalberichte: „Die Entwicklung der Verteidigungshaushalte innerhalb der Allianz“ und „Die Welthandelsorganisation (WTO) und die transatlantischen Beziehungen“ sowie den vom Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich) vorgelegten Entwurf eines Zwischenberichts über die „Entwicklung und Förderung der Volkswirtschaften in Südosteuropa“.

Vor dem Ausschuss sprachen als Gastredner: **Bela Glattfelder**, parlamentarischer Staatssekretär im ungarischen Ministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten, **Frank Boland**, stellvertretender Direktor für die Streitkräfteplanung bei der NATO, und **Michael Emerson** vom Zentrum für europäische politische Studien in Brüssel.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und verwies nach Verabschiedung der Tagesordnung und Annahme des Protokolls der Herbsttagung in Amsterdam auf die Kommentare zur Entschließung über den Kosovo, die auf eine Intensivierung des Dialogs abziele.

Anschließend unterrichtete der Parlamentarische Staatssekretär im ungarischen Ministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten, **Bela Glattfelder**, die Ausschussmitglieder über die ungarische Volkswirtschaft. Er beschrieb die wirtschaftliche Situation seines Landes als sehr gut. 1999 und 2000 sei die ungarische Wirtschaftsleistung trotz der Auswirkungen des Kosovo-Krieges, der Überschwemmungen und der russischen Finanzkrise günstiger gewesen als erwartet. Für wirtschaftliche Stabilität sei jedoch ein starkes Wirtschaftswachstum unabdingbar. Dies wolle Ungarn durch staatliche Subventionen wie auch den Einsatz von privatem Kapital forcieren. Zurzeit würden große Anstrengungen beim Straßen- und Wohnungsbau unternommen. Ein weiterer Schwerpunkt sei die Erhöhung der Investitionen für Klein- und Mittelbetriebe. Der Tourismus in Ungarn erwirtschaftete einen wesentlichen Teil des Bruttoinlandsproduktes; hier wolle man gezielt den Gesundheitstourismus fördern. Auch der Konferenztourismus zeige günstige Tendenzen und liege im Aufwärtstrend. **Bela Glattfelder** unterstrich, dass die Produktivitäts- die Inflationsrate überholt

habe, was ausländische Investoren anlocke. Er bedauerte, dass ein sich abzeichnender Fachkräftemangel möglicherweise das Wachstum in Ungarn hemmen werde. Hier könnte eine Erhöhung des Mindestlohnes Abhilfe schaffen.

Abg. **Williams** (Vereinigtes Königreich) fragte, ob geringe Mobilität der Arbeitskräfte den Fortschritt beeinträchtige. Abg. **Stillinger** (Dänemark) interessierte sich dafür, wie viel Zeit Ungarn noch bis zu einer EU-Vollmitgliedschaft benötige, welche Hürden auf dem Weg dorthin zu nehmen seien. Abg. **Regula** (Vereinigte Staaten) bat um Aufklärung darüber, ob das ungarische Bildungssystem den Bedarf an Fachkräften decken könne. Der **Ausschussvorsitzende** zeigte sich von dem Ausmaß direkter Auslandsinvestitionen beeindruckt und fragte nach der Leistungsfähigkeit ungarischer Unternehmen im Vergleich zu ausländischen Konkurrenten, und Abg. **Smith** (Vereinigtes Königreich) wollte wissen, in welcher Form staatliche Subventionen für Klein- und Mittelbetriebe gewährt werden sollten. **Bela Glattfelder** erläuterte, dass sich die ungarische Regierung darauf konzentriere, den Unterschied zwischen Mindest- und Durchschnittslohn zu verringern, da die Produktivität der Arbeitskräfte schneller stiege als der Lohnzuwachs. Zurzeit liege die ungarische Wachstumsrate über dem EU-Durchschnitt. Für die EU-Mitgliedschaft habe sich Ungarn ein Wunschziel von zehn Jahren gesetzt, jedoch erweise sich die Verwaltungsreform – obwohl der rechtliche Rahmen inzwischen geschaffen sei – als langwierig. Für ausländische Investoren sei dies aber ebenso wichtig wie qualifizierte Arbeitskräfte, die es zwar gebe, aber die nicht immer adäquat eingesetzt würden. Die Subventionen, die ungarische Unternehmen erhielten, seien EU-konform; da halte sich Ungarn strikt an die Vorgaben. Subventioniert würden vor allem der Tourismus, der Straßenbau und die Landwirtschaft – letztere allerdings schon stark eingeschränkt. Das ungarische Haushaltsdefizit betrage im Moment weniger als 4 % des Bruttoinlandsproduktes.

Frank Boland, stellvertretender Direktor für den Streitkräfteeinsatz bei der NATO, referierte über Streitkräfteplanung und Verteidigungshaushalte. Er erinnerte an die Ziele der „Defence Capabilities Initiative (DCI)“. Die DCI gründe auf der kollektiven Verteidigung und ziele darauf ab, die Einsatzfähigkeit zu erhöhen und ein gemeinsames Einsatzkonzept festzulegen; denkbar seien kleinere, auf eine Vielzahl von Ländern verteilte Einheiten. Er sprach die Schwierigkeiten der NATO-Länder mit ihren Verteidigungshaushalten an. Er betonte, dass die Verantwortung für die Finanzierung der DCI bei den nationalen Regierungen liege. Die Mitgliedstaaten hätten neue Wege zu gehen, um Geldmittel für die Verteidigung zu finden, wie z. B. die Einbeziehung privater Vermögen oder andere Vergabeverfahren (outsourcing). Kostenersparnisse in begrenztem Rahmen seien allenfalls durch eine stärkere Integration und Spezialisierung der Streitkräfte denkbar – deren Nichtvorhandensein während des Kosovo-Feldzuges aufgefallen sei. Auch sei die Notwendigkeit deutlich geworden, stärkere Geräte zu entwickeln, um die Luftverteidigungsfähigkeit der Gegner zu verringern. Der Gastredner bestätigte die sich vergrößernde Kluft zwischen den Mitgliedstaaten in den Bereichen Überwachungsfähigkeit, Verteidigungseinsätze und Kommunikation. Für diese Bereiche forderte **Frank Boland** eine verbesserte Zusammenarbeit. Letztendlich merkte er noch an, dass auch die

fehlende Übereinstimmung zwischen DCI und ESVI die Koordination schwierig gestaltet habe.

Der Generalberichterstatter des Ausschusses, Abg. **Helming** (Luxemburg), erinnerte an das im Dezember 1999 bei der Tagung des Europäischen Rates verabschiedete „headline-Ziel“, bis zum Jahr 2003 eine Streitkraft mit insgesamt 60 000 Soldaten zu bilden und fragte, wie dieses Ziel erreicht werden solle. Der **Gastredner** antwortete, dass es noch keine klaren Vorstellungen darüber gäbe, wie die NATO in Zukunft die EU unterstützen könnte. Dies treffe auch für das „headline-Ziel“ zu, wobei er glaube, dass eine Dislozierung von 60 000 Mann sicher eine gute Vorbereitung für etwaige Operationen sei. Abg. **Clark** (Vereinigtes Königreich) kritisierte, dass auf parlamentarischer Ebene bisher keine Informationen über Kooperationsnotwendigkeiten zur Verfügung stünden. Den nationalen Verteidigungsausschüssen sollten Vorschläge für eine Zusammenarbeit unterbreitet werden. **Frank Boland** räumte ein, dass es zwar innerhalb der NATO, nicht jedoch zwischen den Regierungen der NATO-Staaten einen Informationsaustausch gebe. Abg. **Williams** (Vereinigtes Königreich) und Abg. **Bliley** (Vereinigte Staaten) formulierten folgende Fragen: Halten sich die Regierungen der NATO-Länder über ihre vorbereitenden Maßnahmen gegen den Terrorismus auf dem Laufenden? Kann es ein potenzielles Risiko beim Informationsaustausch zwischen den Mitgliedern geben? Wird innerhalb der DCI über eine Lizenzvergabe gesprochen? Der **Gastredner** antwortete, dass es einen Austausch über die Bedrohung durch chemische und biologische Waffen, aber auch durch Terrorgruppen gebe. Mit der Planung zur Rüstungsbeschaffung habe sich die DCI schon beschäftigt. So sei bekannt, dass die Staaten schon frühzeitig über die Entwicklung eines Produktes informiert werden möchten. In der Entwicklungsphase gelte es jedoch, Sicherheits- und kommerzielle Gesichtspunkte zu berücksichtigen.

Der Generalberichterstatter des Ausschusses, Abg. **Helming** (Luxemburg), ging bei der Vorstellung seines Entwurfs eines Generalberichts über „Die Entwicklung der Verteidigungshaushalte innerhalb der Allianz“ vor allem auf die politischen Aspekte ein. Er wies auf die Verteidigungsausgaben in den europäischen Ländern hin. Wolle man eine kohärente und effiziente Sicherheitsidentität aufbauen, müsse Europa die Dislozierung der Streitkräfte und die Qualität der Geräte verbessern; somit seien zusätzliche Ausgaben für alle Mitglieder unausweichlich. Damit Europa für die Vereinigten Staaten ein vertrauenswürdiger Partner bliebe, sei darüber hinaus eine enge Zusammenarbeit notwendig. Abg. **Bliley** (Vereinigte Staaten) bemerkte, dass eine stärkere transatlantische Technologiekooperation ein Weg sein könnte, dem in den USA spürbaren Isolationismus entgegen zu wirken. Abg. **Rossmann** (Deutschland) wies auf die Schwierigkeiten hin, dem Steuerzahler zu erklären, warum in der heutigen Zeit hohe Verteidigungsausgaben notwendig seien. Die Europäer seien bei der gemeinsamen Nutzung von Kapazitäten in den Bereichen Logistik und Transport, bei notwendigen Privatisierungen und der Zusammenarbeit mit der Industrie im EADS schon ein ganzes Stück vorangekommen. Unabdingbar sei jedoch auch die Zusammenarbeit mit den USA.

Anschließend diskutierte der Ausschuss über den von dem Generalberichterstatter des Ausschusses, Abg. **Helming**

(Luxemburg), vorgelegten Entwurf eines Generalberichts über „Die WTO und die transatlantischen Beziehungen“. Der Generalberichterstatter führte aus, dass durch multilateralen Handel viel erreicht worden sei, wenngleich es bei einer Liberalisierung des Handels immer auch Gewinner und Verlierer gebe. Auch hoffe man, dass sich die Kluft zwischen arm und reich verkleinern lasse. Da Handels- und Investitionsbeziehungen sowohl für Europa als auch für die USA lebenswichtig seien, sei die Aufnahme eines Dialogs notwendig. Aus diesem Grunde sei die Einsetzung eines Unterausschusses für transatlantische wirtschaftliche Beziehungen zu unterstützen. Abg. **Bliley** (Vereinigte Staaten) hielt zusätzlich aber auch Fragen des Datenschutzes, des elektronischen Handels und von Arbeitsnormen für wichtig. Um diskutieren und auf Regierungen einwirken zu können, halte er die Einsetzung eines zweiten Unterausschusses für dringend erforderlich. Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich) schloss sich dieser Forderung an und unterstützte die Meinung des Generalberichterstatters dahingehend, dass das Vertrauen der Entwicklungsländer in die WTO wieder gewonnen werden müsse. Abg. **Clark** (Vereinigtes Königreich) war ebenfalls der Meinung des Generalberichterstatters, dass ein besserer und durch mehr Informationen untermauerter Dialog zwischen den Regierungen und der Bevölkerung über den Handel und seinen Einfluss auf die Volkswirtschaft und die Gesellschaft ganz eindeutig erforderlich sei. Da die wichtigsten Hindernisse für eine liberale Handelsordnung heutzutage im Bereich der nichttarifären Handelshemmnisse zu liegen scheinen, sei auch er der Meinung, dass, um ein latent vorhandenes Spaltungspotential zwischen den USA, Kanada und der EU nicht zu aktivieren, ein Gremium für Dialoge in Form eines neuen Unterausschusses vonnöten sei. Senator **Grassley** (Vereinigte Staaten) sprach sich für Transparenz im Welthandel mit Ausnahme des geistigen Eigentums aus. Er meinte, dass die USA bisher nicht genügend zu einer Liberalisierung des Welthandels beigetragen haben; momentan fehle es jedoch auch an der Führungsstärke vergangener Jahre. Er hoffte, dass insbesondere über Landwirtschaft und Biotechnologie – gestützt auf wissenschaftliche Erkenntnisse – ernsthafter verhandelt werde. Unter Hinweis auf die anhaltenden transatlantischen Handelsstreitigkeiten im Bereich der Luft- und Raumfahrt unterstrich Abg. **Hessing** (Niederlande) die Schlussfolgerung des Berichterstatters, dass Handel, Stabilität und Frieden voneinander abhängig seien. Er war aber der Meinung, dass die Auseinandersetzungen in Bezug auf die Handelsbeziehungen in den Parlamenten der NATO-Länder diskutiert werden sollten; die NATO PV habe doch eher beratende Funktion und deshalb halte er das Mandat des angestrebten neuen Ausschusses für zu umfassend. Abg. **Vural** (Türkei) bereitete die Verbreiterung der Kluft zwischen Arm und Reich Sorge. Er begrüßte die Entscheidung der USA für einen vermehrten Freihandel mit der dritten Welt, weil politische Reformen oft durch wirtschaftlichen Aufschwung gefördert würden. Abg. **Helming** (Luxemburg) schlug vor, die wertvollen Stellungnahmen der Ausschussmitglieder in den endgültigen Bericht einfließen zu lassen. Auch wolle er die steigende Zahl der in absoluter Armut lebenden Menschen im Bericht noch klarer herausgestellt sehen. Um Frieden und Stabilität zu erhalten, komme man nicht darum herum, vermehrt miteinander zu sprechen. Der neue Unterausschuss könnte ein dafür notwendiges Diskussionsforum werden. Auch die Abg. **Cochrane** (Kanada) sprach sich für

die Einsetzung eines neuen Unterausschusses aus. Der Vorsitzende, Abg. **van Gennip** (Niederlande), erklärte, dass zurzeit die Arbeit der verschiedenen Ausschüsse überprüft werde; auch er bestätigte die Notwendigkeit eines neuen Unterausschusses als Forum für klärende Gespräche.

Der Ausschuss stimmte der Einsetzung eines Unterausschusses für transatlantische wirtschaftliche Beziehungen zu.

Michael Emerson, Mitglied des Zentrums für politische Studien in Brüssel, sprach über die Möglichkeiten der Entstehung lebensfähiger Gemeinschaften auf dem Balkan und im Kaukasus. Er kam zu dem Ergebnis, dass es für beide Regionen nur eine Revitalisierung geben könne, wenn die erforderlichen Strukturen für eine Rechtssicherheit geschaffen werden könnten. Serbien werde wegen seiner geografischen und wirtschaftlichen Lage ein kritischer Punkt bleiben. Auf allen Ebenen sei die Infrastruktur in einem katastrophalen Zustand. Er appellierte direkt an die Europäische Investitionsbank, diese Strukturen nicht zu unterstützen, sondern vielmehr neue Verwaltungen beim Aufbau zu fördern, die dann übergangsweise unter der Kontrolle der EU stehen sollten. Der Balkan gehöre, anders als der Kaukasus, zur europäischen Region und sei in geeigneter Weise zu integrieren, z. B. durch eine Zollunion aller Balkanstaaten. Den Prozess der Schaffung einer zivilen Gesellschaft behindern massiv noch die bestehenden Sanktionen im Bereich des Luftverkehrs. Zurzeit gebe es wirtschaftliche Überlegungen zu einer „Euroisierung“, wobei die einseitige Annahme einer stabilen Währung nachweisbar viele Vorteile habe. Er forderte den raschen Aufbau einer Eingreiftruppe, gebildet aus Polizei und Militär. Zu zögerlich werde an einer gemeinsamen Kommandostruktur gearbeitet. Übernahme die EU hier eine größere Verantwortung, sei das momentan herrschende Chaos durch die Beteiligung zu vieler Organisationen eher zu beseitigen. Seiner Meinung nach habe sich die Situation in Kroatien und Montenegro positiv entwickelt, in Albanien gebessert; nur in Serbien stagniere sie. Den Kaukasus bezeichnete **Michael Emerson** in menschlicher, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht als Katastrophengebiet und forderte die EU, USA und Russland auf, auf der Grundlage eines Stabilitätspaktes eine neue, umfassende Strategie auszuarbeiten, um eine südkaukasische Staatengemeinschaft schaffen zu können. In dieser Region hätten sich auch die Sanktionen der USA gegen den Iran kontraproduktiv ausgewirkt. Obwohl der Kaukasus bei der Förderung der Öl- und Gasvorkommen für Investoren interessanter sei als der Balkan, behindere die unsichere politische Lage die Entwicklung. Abg. **Bliley** (Vereinigte Staaten) bestätigte, dass der Wirtschaftsboykott gegen den Iran nicht funktionieren könne. Eine Änderung in der amerikanischen Politik sei vor den Präsidentschaftswahlen aber nicht mehr zu erwarten. Abg. **Speroni** (Spanien) und der Vorsitzende, Abg. **van Gennip** (Niederlande), stellten Fragen zur Infrastruktur auf dem Balkan und zur Stärke der Opposition gegen Milosevic. Dazu bemerkte der Gastredner, dass unter anderem die Donaukommission schon Vorschläge für die Aufräumarbeiten der Wasserstrasse Donau gemacht habe. Für den Straßenverkehr sei eine zweite Verkehrsader zwingend notwendig. Die serbische Opposition sei bislang für die Bevölkerung keine attraktive Alternative zu Milosevic. Allein bei den Studenten scheine es aber Bewegung zu ge-

ben. Die Oppositionspolitik müsse der Bevölkerung klarer vermittelt werden.

Als nächster stellte der Vorsitzende des Unterausschusses für „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“, Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich), seinen Entwurf eines Zwischenberichts über die „Entwicklung und Förderung der Volkswirtschaften in Osteuropa“ vor. Er kam zu dem Schluss, dass es in Südosteuropa so lange keine Lösungen für die betroffenen Staaten geben werde, wie gemeinsam getragene Zukunftsvisionen in der jeweiligen Gesellschaft nicht konsensfähig seien. Ziel müsse dabei die europäische Integration sein mit allen politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten. Für die großen Probleme der Region gebe es keine Patentreue; Frieden, Demokratie und Wohlstand könnten weder durch sporadisch zugewiesene Hilfgelder noch durch Einsprengsel lokaler politischer Einzelmaßnahmen erreicht werden. Der Vorsitzende, Abg. **van Gennip** (Niederlande), unterstrich die Bedeutung des Engagements der NATO in der Region. Abg. **Vural** (Türkei) verdeutlichte das Interesse seines Landes an Stabilität auf dem Balkan und forderte nachdrücklich, alsbald den rechtlichen Rahmen zu schaffen.

Danach gab der Vorsitzende bekannt, dass Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich) als Berichterstatter des Ausschusses abgelöst werden möchte, worauf der Abg. **Vural** (Türkei) sein Interesse erklärte. Sodann informierte Abg. **Cohen** (Vereinigtes Königreich) die Mitglieder darüber, dass Abg. **Alierta** (Spanien) als Vorsitzender des Unterausschusses zurückgetreten sei und er jetzt diese Position ausfülle. Danach berichtete er über die Aktivitäten des Unterausschusses.

Der Ausschuss war damit einverstanden, dass bei der Jahrestagung 2000 sowohl ein neuer Berichterstatter gewählt als auch über die Einsetzung eines zweiten Unterausschusses entschieden werden solle.

Abschließend stellte der Vorsitzende fest, dass die vom Ständigen Ausschuss angeregte Namensänderung des Ausschusses in „Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit“ ohne Einwände angenommen wurde. Er führte aus, dass der nächste Besuch des Ausschusses zur WTO nach Genf führe, und die nächste Ausschusssitzung im November 2000 in Berlin stattfände.

Politischer Ausschuss

Auch der Politische Ausschuss befasste sich in erster Linie mit den Fragen, die allgemein Hauptthemen der Frühjahrstagung waren. Dabei war die Diskussion über Kosovo zwar nach wie vor ein besonders wichtiger Punkt, nahm aber nicht so kontroverse Züge an wie die Beratung des Berichts über das nationale Raketenabwehrsystem der Vereinigten Staaten. Weitere Themen wären die NATO-Erweiterung sowie die NATO-Beziehungen zu Partnerstaaten: außerhalb der NATO, insbesondere Russland und Ukraine.

Grundsätzlich sind auf Frühjahrstagungen keine personellen Entscheidungen zu treffen. Da aber der dänische Abg. **Engell** aufgrund seines Ausscheidens aus dem Parlament seinen Vorsitz im Unterausschuss Transatlantische Beziehungen aufgeben musste, wurde der stellvertretende Vorsitzende dieses Unterausschusses, der polnische Abg. **Pastu-**

siak, zum amtierenden Vorsitzenden bis zur regulären Wahl in Berlin berufen. Außerdem traf der Ausschuss Entscheidungen über Veränderungen bei den Monitoring-Gruppen. Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) und der britische Abg. **Viggers** wurden für die gemeinsame Monitoring-Gruppe für die NATO-Ukraine-Charta benannt, und der britische Abg. **Anderson** sowie der Ausschussvorsitzende **Petersen** (Norwegen) für die gemeinsame Monitoring-Gruppe NATO-Russland.

Der ungarische Außenminister **Dr. János Martonyi** sprach zum Thema „Ungarns Sicherheitssituation und außenpolitische Prioritäten“. Er unterstrich die erfolgreichen Transformationen in Mittel- und Osteuropa nach 1989. In diesem Bereich seien Sicherheit und Zusammenarbeit sicher gestärkt worden. Manche Befürchtungen seien nicht eingetreten. Die NATO-Erweiterung sei dabei von grundlegender Bedeutung für die weitere Stabilisierung. Deshalb unterstütze Ungarn voll und ganz die Fortsetzung des Erweiterungsprozesses. Ein Problem bestehe darin, dass Risiken sich verlagern könnten, weswegen die Fähigkeiten der NATO und Europas verstärkt werden müssten. Bei der Kosovo-Krise habe Ungarn unter Beweis gestellt, wie verlässlich es sei, obwohl es aufgrund seiner Beziehungen zu Jugoslawien in einer besonders kritischen Situation gewesen sei. Auch in Zukunft werde sich Ungarn seiner internationalen Aufgaben annehmen.

In der anschließenden Debatte begrüßte **Dr. János Martonyi** die Erklärung der neuen Außenminister mitteleuropäischer Staaten in Wilna vom 19. Mai 2000, mit der diese gefordert hatten, dass die NATO mit allen Anwärtern gleichzeitig Erweiterungsgespräche aufnehmen sollte. Andererseits hielt er es aber für erforderlich, die Konsequenzen, die sich daraus ergeben würden, auch in der NATO sorgfältig zu prüfen. Dies werde Zeit in Anspruch nehmen. Das Partnerschaft-für-Frieden-Programm der NATO sei das in der Vergangenheit schon bestens bewährte Instrument, mit dem sich die Erweiterungskandidatenstaaten auf eine Mitgliedschaft vorbereiten könnten.

Auf entsprechende Fragen hin verneinte der Außenminister jede Verschlechterung der ungarisch-russischen Beziehungen aufgrund der NATO-Erweiterung. Der russische Abg. **Ozerov** fragte kritisch nach, wie es um eine Stationierung von Atomwaffen in den Beitrittsländern bestellt sei. Russland habe den ABM-Vertrag nur unter der Bedingung ratifiziert, dass eine solche Stationierung unterbleibe. Der ukrainische Abg. **Zarubinsky** wollte wissen, inwiefern sich die Sicherheit Ungarns konkret durch den NATO-Beitritt verbessert habe. Die litauische Abg. **Jukneviene** ihrerseits fragte nach möglichen wirtschaftlichen Vorteilen. Der Minister wollte solche nicht genau benennen, sah aber doch eine Erhöhung der Attraktivität Ungarns für ausländische Investitionen. Möglicherweise habe dies auch zu dem Wirtschaftswachstum in Jahr 1999 beigetragen. Auf jeden Fall dürfe aber eine Erweiterung nicht dazu führen, dass neue Mauern in Europa aufgebaut würden. Das Verhältnis von Europäischer Union und NATO sah der Minister als nicht unproblematisch an. Zwar sei es zu begrüßen, wenn die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu einer Verbesserung der Verteidigungskapazitäten führen werde. Dies sei aber im Augenblick noch nicht absehbar.

In Bezug auf Südosteuropa forderte der Außenminister verstärkte Anstrengungen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Region ein. Nach wie vor sei die Situation sehr instabil. Gleichzeitig sei der Balkan ein Hauptbereich ungarischer Politik. Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) dankte in diesem Zusammenhang den Ungarn nicht nur für ihre Gastfreundschaft, sondern auch für die trotz ihrer verwandtschaftlichen Beziehungen zu Jugoslawien bewiesene NATO-Solidarität.

In seinem Bericht „Nach der Kosovo-Intervention – Implikationen für Konfliktprävention und Krisenmanagement“ unterstrich Generalberichterstatter Abg. **Markus Meckel** (Deutschland), dass der Kosovo-Einsatz kein Beispiel für eine erfolgreiche Prävention gewesen sei, sondern nur für ein erfolgreiches Management einer Krise – so notwendig die humanitäre Intervention auch gewesen sei. In Zukunft müsse daher der Dimension der Krisenprävention mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die Kosovo-Intervention habe zentrale Fragen der Gewaltandrohung aufgeworfen. Hier gehe es insbesondere darum festzustellen, wer glaubhaft mit Gewalt drohen könne und wie. Seit März 1989 habe es viele Frühwarnsignale gegeben. Dennoch habe der politische Wille gefehlt, frühzeitig einzugreifen. Man habe sich auf Bosnien-Herzegowina konzentriert. Ein Problem sei auch mangelnde Koordination gewesen. Diese hänge mit der unklaren Kompetenzverteilung und der unterschiedlichen Interessenlage wichtiger Nationalstaaten zusammen. In diesem Zusammenhang sei die ausgesprochene Gewaltandrohung wenig glaubwürdig gewesen. Es habe keine Ahndung verstrichener Ultimaten gegeben. Drohungen seien zu Zeitpunkten ausgesprochen worden, als die NATO militärisch noch nicht in der Lage gewesen sei, diese durchzuführen. Damit habe die NATO sich selbst unter Zugzwang gesetzt. Auch gegenüber Milosevic habe es keine klare Strategie gegeben. Einerseits sei er Verhandlungspartner gewesen, andererseits auch Verursacher der Krise. Manche Isolierungsmaßnahmen hätten ausgesprochen kontraproduktive Wirkung gehabt. Immer wieder habe sich gezeigt, dass die Gratwanderung zwischen Isolierung und Beteiligung nicht gelungen sei. Ähnliches gelte für die Sanktionen. Auf der einen Seite hätten sie Jugoslawien an den Verhandlungstisch gebracht, auf der anderen Seite aber auch die serbische Wirtschaft ruiniert, kriminelle Strukturen gefördert und gesellschaftliche Strukturen deformiert. Heute stärkten die Sanktionen sogar tendenziell das Belgrader Regime, indem sie als Propagandamaterial missbraucht werden können. Grundsätzlich könnten Sanktionen nur dann wirksames nichtmilitärisches Druckmittel sein, wenn sie auf den jeweiligen Machtapparat zugeschnitten seien, die Bevölkerung möglichst verschonten, konzentriert und energisch verhängt und umfassend legitimiert und implementiert würden. An der Wurzel des Wiederaufbaus liege auch die Statusfrage. Resolution 12/44 fordere eine substantielle Autonomie und eine wirksame Selbstverwaltung für den Kosovo. Hierfür geben es vier mögliche Szenarien: 1) Wiederherstellung des Status Quo, wie er vor dem Kriege bestanden habe, 2) die Aufnahme Kosovos als gleichberechtigte Republik in die Bundesrepublik Jugoslawien, 3) ein unabhängiges Kosovo und 4) eine Teilung des Kosovo. Die zweite Option sei diejenige, die am wenigsten problematisch sei. Realistisch sei sie aber erst dann, wenn der Demokratisierungsprozess in Jugoslawien fortgeschritten sei.

Wichtig sei jedenfalls, den Nachbarstaaten und auch Montenegro massive Unterstützung zukommen zu lassen. Neben der wirtschaftlichen Unterstützung gehöre hierzu auch die Hilfe beim Aufbau einer demokratischen Zivilgesellschaft. Die Sanktionen gegen Jugoslawien müssten insoweit aufgehoben werden, als sie nur die Bevölkerung, nicht aber die Elite berührten.

Der US-amerikanische Abg. **Bereuter** unterstrich wesentliche Mängel in der Zusammenarbeit mit der albanischen Mehrheit. Das Problem der albanischen Gewaltanwendung sei nicht rechtzeitig angesprochen worden. Rambouillet habe auch nicht erfolgreich sein können, weil die Rolle der KLA und das Verhältnis zu dieser im Westen nicht genügend erkannt worden sei. Hier liege auch ein eindeutiges Verschulden auf US-amerikanischer Seite. Ein weiteres liege in dem zu frühen Verzicht auf Bodentruppen. Man müsse insgesamt darauf hinweisen, dass Exilgruppen in den USA und ihre Lobbypolitik eine sehr negative Rolle bis hin zur Desinformation gespielt hätten.

Der tschechische Abg. **Payne** hielt eine generelle Haltung in dieser Frage kaum für möglich. In dem Embargo sah er allerdings ein Geschenk an die Mafia und diejenigen, die die Macht hätten. Je länger das Embargo bestehe, desto mehr werde sich das Regime radikalisieren.

Der britische Abg. **Anderson** sah in dem NATO-Einsatz einen Erfolg. Eine frühere Warnung oder generell ein Early-Warning-System seien wünschenswert, aber man müsse auch darauf hinweisen, dass die internationale Tagungsordnung schon jetzt viel zu stark besetzt sei. In der Tat müsse man bei den Schwierigkeiten, die für Rumänien und Bulgarien entstanden seien, helfen. Ganz wichtig sei auch der Aufbau freier Medien. Mit Sorge betrachte er das Problem in Montenegro.

Die britische Abg. **Mahon** unterstrich, dass Montenegro nie unabhängig gewesen sei. Die Sanktionen behinderten eindeutig die Flüchtlingsarbeit. Die Rolle der KLA werde völlig unterschätzt.

Der polnische Abg. **Pastusiak** fragte danach, wer die Ausgleichszahlungen leisten werde. Der Abg. **Sulejmani** (ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien) hielt es für sehr problematisch, die Serben demokratisieren zu wollen. Er hält dies nicht für einen stabilisierenden Beitrag. Für den französischen Abg. **Sarre** fehlten im Bericht die geschichtlichen Bezüge. In Rambouillet hätten die Serben zunächst die vorliegenden Angebote angenommen, aber dann hätte der Westen Maximalforderungen aufgesattelt. Eine sofortige Aufhebung der Sanktionen sei nötig.

Der portugiesische Abg. **Costa** bat um weniger normative Formulierungen. Der bulgarische Abg. **Agov** plädierte dafür, die Statusfrage offen zu halten. Er wünschte sich eine stärkere Darstellung der Rolle Russlands im Bericht. Der italienische Abg. **Migone** wies auf Hinweise hin, dass es im Kosovo keine ethnische Verfolgung gäbe. Er sprach sich dafür aus, private Konten von problematischen, verantwortlichen Personen einzufrieren. Der russische Abg. **Ozerov** sah sein Land als Mittler, der versuche, die Bundesrepublik Jugoslawien zu einer Veränderung ihrer Haltung zu bewegen.

In seinem Bericht „Nationale Raketenabwehr und Implikationen für die Allianz“, den er für den Unterausschuss Trans-

atlantische Beziehungen vorbereitet hatte, äußerte sich Abg. **Karl A. Lamers** (Deutschland), der Berichterstatter des Unterausschusses, kritisch gegenüber den Plänen für ein solches Programm. Gleichzeitig betonte er allerdings, dass sein Bericht nur ein vorläufiger sein könne. Die transatlantische Diskussion habe gerade erst begonnen. Das Thema sei im Westen viel zu spät wahrgenommen worden. Er habe sich in seinem Bericht auf die militärischen Aspekte beschränkt. Festzuhalten sei, dass das Programm im US-Kongress und in der Exekutive einen starken Rückhalt habe. Auf der anderen Seite sei eine Entscheidung zur Stationierung in naher Zukunft eher unwahrscheinlich. Insgesamt sei die Diskussion zwischen den USA und den NATO-Partnern über dieses Thema eingebettet in die Grundsatzdiskussion über die Entwicklung der Sicherheitspolitik zwischen Europa und den USA. Hinsichtlich der Frage des nationalen Raketenabwehrsystems gebe es aber auf europäischer Seite einen erheblichen Nachholbedarf. Die von der NATO 1996 veröffentlichte gemeinsame Bedrohungsbewertung decke sich weitgehend mit der Wahrnehmung der Bedrohung durch die amerikanische Seite. Deshalb müssten die europäischen Mitglieder der Allianz diese Fragen genau so ernsthaft angehen wie die USA. Dabei sei auch zu berücksichtigen, dass Europa viel näher bei zwei der von den Vereinigten Staaten genannten „Schurkenstaaten“ liege als die USA selbst. Voraussetzung für ein sinnvolles Vorgehen sei aber, dass man sich auf beiden Seiten ausreichend Zeit nehme, um die Stationierung der Abwehreinrichtungen sorgfältig zu prüfen. Hier plädiere er für einen Aufschub der Entscheidung. Es bestehe die Gefahr, dass die Einführung des Raketenabwehrsystems zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Sicherheit des atlantischen Bündnisses insgesamt gesehen nicht stärken könne, sondern eher schwächen werde. Wichtig sei, sorgfältig die Kosten und die Konsequenzen einer solchen Entscheidung abzuwägen. Auf keinen Fall dürfe das Programm zu zwei unterschiedlichen Sicherheitszonen führen. Die USA rief der Berichterstatter auf, eine Vereinbarung mit Russland anzustreben, mit der die Veränderungen am ABM-Vertrag erreicht würden. Das Programm sei eine US-amerikanische Entscheidung, aber es liege im Interesse der amerikanischen Regierung, einen Konsens in der Allianz zu finden. Teile des Systems würden in europäischen Staaten, Großbritannien, Dänemark und Norwegen stationiert werden. Diese könnten damit auch zur Zielscheibe werden. Insgesamt werde die Frage aufgeworfen, was geschehen solle, wenn die entsprechenden Staaten auf drohende Gewaltanwendung seitens der Vereinigten Staaten damit reagierten, dass sie einen Schlag nicht auf den geschützten amerikanischen Boden, sondern gegen eine europäische Hauptstadt androhten. Auch die Frage der Auswirkungen auf die Nuklearpotentiale des Vereinigten Königreichs und Frankreichs sei zu überprüfen. Schließlich dürfe das Programm nicht zu einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen der NATO und Russland führen. Es liege im grundlegenden Interesse der Allianz, den ABM-Vertrag zu erhalten. Er sei ein Eckstein der strategischen Stabilität und der transatlantischen Sicherheit. Sollten allerdings die notwendigen politischen Voraussetzungen vorliegen, dann sei auch eine europäische Beteiligung an der Forschung für ein nationales Abwehrsystem vorstellbar. Dies könne dann dazu beitragen, die derzeitige technologische Lücke zwischen den Vereinigten Staaten und ihren Partnern zu verringern.

Mit einem ausführlichen Statement antwortete der Abg. **Bereuter** (Vereinigten Staaten) auf den Bericht. In seiner Antwort drückte er für die Sorgen, die von den Europäern und Kanadiern geäußert würden, Verständnis aus. Die USA wollten auf jeden Fall einen Konsens herbeiführen. Dennoch sei festzuhalten, dass es sich um eine amerikanische Entscheidung handle. Man könne das amerikanische Volk nicht dazu zwingen, mögliche Schutzmaßnahmen gegen terroristische Attacken von Schurkenstaaten zu unterlassen. Der Bericht könne eine große Hilfe sein, aber dazu müssten die Fakten auch stimmen. Insgesamt fehle dem Bericht Objektivität und Konsistenz. Auch missverstehe er offenbar einige der Handlungen des Kongresses. Festzuhalten sei, dass das Programm umgesetzt werden solle, sobald es technologisch möglich sei. Dies sei ausdrücklich so im entsprechenden Gesetz von 1989 festgehalten. Im Gegensatz zum Bericht habe die Clinton-Administration mehrfach geäußert, dass die Bedrohung noch mehr als ein Jahrzehnt entfernt sei. Die Feststellungen des Berichtes über die technologischen Probleme des Programms seien nicht richtig dargestellt. Die Kritik an der Einschätzung der nordkoreanischen Angriffskapazitäten sei falsch, da sie übersehe, dass Nordkorea im August 1998 eine dreistufige Taepo-Dong-Rakete mit interkontinentaler Reichweite abgeschossen habe. Als Vorsitzender des Unterausschusses des „House of Representatives“ für Asien und den Pazifik halte er Nordkorea für das gefährlichste Land, da es ein äußerst isoliertes, paranoides und unvorhersagbares Verhalten an den Tag lege. Er könne auch die Einschätzung, dass versehentliche Raketenstarts nicht möglich seien, nicht teilen. Gerade in Russland sei ein versehentlicher Start aufgrund der Verschlechterung sowohl in wirtschaftlicher als auch inverwaltungstechnischer Hinsicht durchaus zu befürchten. Die Befürchtung, die der Bericht ausdrücke, dass es zwei verschiedene Sicherheitszonen geben werde, sei schon von daher nicht angemessen, als die USA sich bemühten, auch den Europäern einen entsprechenden Schutz anzubieten. Diesen Schutz würden die „Theatre Missile Defence Systems“ bieten. Eine isolationistische Haltung der USA sei weniger zu befürchten, denn diese wüssten, dass sie dann, wenn sie die Interessen der Alliierten verteidigten, selbst geschützt seien. Auch werde der ABM-Vertrag nicht in dem Umfange betroffen, wie der Bericht darstelle. Trotz des Vertrages seien schon jetzt zahlreiche Verteidigungseinrichtungen zulässig, die für das System nutzbar gemacht werden können. Die Beziehungen zu Russland seien nicht so gefährdet, wie dies der Bericht darstelle. Zum einen sei Sprache russischer Politiker und Praxis der russischen Politik zu trennen. Zum anderen habe es schon früher Angebote der russischen Seite gegeben, kooperativ an der Entwicklung eines globalen Verteidigungssystems zu arbeiten. Allerdings habe die Clinton-Administration diese Diskussion 1993 abgebrochen.

Auch der niederländische Abg. **Ballin** äußerte Kritik am Bericht. Dagegen wurde der Bericht vom britischen Abg. **Viggers** ausdrücklich gelobt. Auch Abg. **Viggers** (Vereinigtes Königreich) befürchtete, dass gerade China sich durch das Programm zu einem neuen Wettüben entschließen könnte. Der russische Abg. **Ozerov** vermisste in dem Bericht Schlussfolgerungen für parlamentarisches Handeln. Er wies darauf hin, dass die Frage auch von START-II mit dem Programm verbunden sei. Der britische Abg. **Anderson** hob hervor, dass auch der Präsidentschaftskandidat Bush bereits

einen Schutzschirm für Europa angeboten habe. Die Nummer 36 des Berichts sei ungenau. Der ukrainische Abg. **Zarubinsky** warf die Frage auf, wie die USA auf eine Annäherung zwischen Russland und China reagieren würden. Der polnische Abg. **Bielecki** sah eine reale Bedrohungssituation, für die auch eine Teilabwehr akzeptabel sei. Ein Problem des Berichts liege in der Nummer 66, weil die Verteidigungsgemeinschaft bereits existiere.

Die Abg. **Angelika Beer** (Deutschland) wies darauf hin, dass die Haltung der Bundesregierung noch nicht entschieden sei; es sei aber bald mit einer abschließenden Stellungnahme zu rechnen. Eine Vorlage an den Bundestag sei bereits erarbeitet. Deshalb werde es dort auch bald eine Debatte geben. Sie vermisse nach wie vor eine eigene Bedrohungsanalyse. Hierzu gehöre auch, welche Konsequenzen aus einer möglichen Entscheidung gezogen werden könnten und welche Diskussion in Europa stattfinde. Schließlich sei auch die Beurteilung der Frage der Proliferation offen.

Der US-amerikanische Abg. **Blunt** sah das Problem nicht in China, sondern in den terroristischen Aktivitäten Einzelner. Das System sei für Europa offen. Die USA würden, wenn sie unverwundbar wären, zum besseren Alliierten. Der tschechische Abg. **Payne** erklärte, dass es begrüßenswert wäre, wenn Nuklearwaffen durch ein solches Abwehrsystem überflüssig würden. Wenn dies ein realistisches Ziel sei, dann müsse Europa dabei sein, und auch Russland solle sich dann den Bemühungen anschließen. Dagegen sprach sich die Vertreterin des Europäischen Parlaments, Frau **Maes**, scharf gegen das Programm aus.

In seiner abschließenden Zusammenfassung erläuterte der **Berichterstatter**, dass Veränderungen am Bericht vorgenommen würden. Auch die Diskussion im Unterausschuss Transatlantische Beziehungen sei schon erkenntnisreich gewesen. Er habe festgestellt, dass die USA offenbar doch nicht Zonen unterschiedlicher Sicherheit entstehen lassen wollten. Die Diskussion sei – wie er bereits am Anfang ausgeführt habe – gerade erst auf dem Weg. Man werde schon zusammenfinden. Es gehe nicht um eine „Missbilligung“ des Programms, sondern um eine offene Diskussion. Nötig sei eine gemeinsame Bedrohungs- und Risikoanalyse, zu der auch Russland und China gehörten. Die Europäer hätten schon zu viel Zeit verloren. Die Amerikaner seien aufgefordert, ihre nationalen Entscheidungen auf transatlantische Auswirkungen abzuklopfen.

In seinem Zwischenbericht über NATO-Beziehungen mit den Mitgliedsstaaten des Euro-atlantischen Partnerschaftsrates gab der Berichterstatter des Unterausschusses für Mittel- und Osteuropa, der niederländische Abg. **Koenders**, einen Überblick über den Stand der Zusammenarbeit. Er befürwortete eine weitere Ausdehnung, die nicht gegen ein Land gerichtet sei, aber die Stabilität in der Region stärken werde. Russland und die Ukraine seien beide wesentlich für Frieden und Sicherheit in der Region und darüber hinaus. Eine enge Zusammenarbeit mit beiden Ländern sei daher absolut notwendig. Dies hänge aber nicht nur von der NATO, sondern auch diesen beiden Staaten ab. Dazu gehöre, dass Russland nach wie vor nicht die vollen Beziehungen zur NATO aufgenommen habe, so wie sie vor dem Kosovo-Krieg bestanden hätten. Der überzogene Militäreinsatz Russlands und die damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien seien zu verurteilen. Der Kau-

kasus sei in einer sehr zerbrechlichen Situation. Hier müsse die NATO auch Hilfe anbieten. Auf solche Hilfsersuchen müsse aber vorsichtig geantwortet werden und nach Möglichkeit auch in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen.

Der ukrainische Abg. **Zarubinsky** unterstützte den Berichtserstatter in seiner Aufforderung nach einer zusätzlichen NATO-Erweiterung. In einem längeren Statement kritisierte ein Beobachter aus Belarus, Abg. **Hryb**, die Situation in seinem Land. Kurz wurde auch die aktive Teilnahme im Programm Partnerschaft für Frieden diskutiert. Vor allen Dingen machten mehrere Diskussionsteilnehmer deutlich, wie sehr sie die kürzlich erfolgten Veränderungen in Kroatien begrüßen.

In sehr scharfer, polemischer und in weiten Bereichen zynischer Sprache stellte der BBC Russland-Korrespondent, **Konstantin T. Eggert**, die russische Außen- und Sicherheitspolitik unter Präsident Putin und zukünftige Beziehungen mit der NATO dar. Zu seinen Kernthesen gehörte, dass Russland nur eine Sprache der Stärke verstehe. Putin, den er als konservativ und autoritär charakterisierte, habe allerdings den Vorteil, vorhersagbar zu sein. Auf europäischer Seite vermisste er aktives Handeln, er sah dort nur „humanitäres Gerede“. Deutschland stelle keinen Partner für Russland dar, weil die neue Regierung „führungsunfähig“ sei. Deshalb strebe Russland den Kontakt mit Frankreich an oder wende sich gleich den USA zu, mit denen ohnehin wegen des gemeinsamen Kampfes gegen die Islamisten Gemeinsamkeiten bestünden. Auf der anderen Seite sei nicht zu erkennen, dass Russland ein Interesse daran habe, seine Beziehungen zu wichtigen Staaten zu verschlechtern, von denen es weiterhin Investitionen und Kredite brauche. Größtes Problem Russlands seien Armut, soziale und Gesundheitsprobleme. Speziell kritisierte er auch die Lage im Verhältnis zu Afghanistan. Es sei nicht mehr die Frage, ob die Russen dort demnächst eingreifen, sondern nur noch, ob die Angriffe vor, während oder unmittelbar nach dem Clinton-Besuch erfolgen würden. Aufgrund seiner realpolitischen Haltung werde Russland allerdings auch zusätzliche NATO-Erweiterungen akzeptieren, soweit sie nicht sich auf die Ukraine ausdehnten.

In der Diskussion stellte der russische Abg. **Ozerov** die Frage nach der Seriosität des vorgetragenen Berichtes. Er übersehe völlig, dass Russland in den vergangenen Wochen gezeigt habe, dass es ernsthaft an einer Zusammenarbeit mit der NATO interessiert sei. Die angeblichen „Insider-Informationen“, auf die sich der Bericht beziehe, seien sowohl ihrem Inhalt nach als auch wegen der fehlenden Nennung der Quellen unbrauchbar.

Als letzten Punkt behandelte der Ausschuss den Bericht des ungarischen NATO-Botschafters **Dr. András Simonyi** über die Erfahrungen eines Neulings – Ungarn – in der NATO. In seiner Zusammenfassung wies **Dr. András Simonyi** darauf hin, dass die Erweiterung in keiner Weise die Effektivität und den Zusammenhalt der Allianz behindert habe. Die Integration Ungarns in die NATO sei vollständig erfolgt. Er appellierte an die weiteren Bewerber, sich der NATO-Programme zu bedienen, insbesondere des Programmes *Partnership-for-Peace* und des Mitgliedschafts-Aktionsplanes. Nur so könne man sich erfolgreich auf die nächste Runde vorbereiten. Ungarn selbst werde zusätzlich neue Mitglie-

der begrüßen und ihnen auch gerne bei ihren Vorbereitungen helfen.

Ausschuss für Wissenschaft und Technologie

Der Vorsitzende des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie Abg. **Boehlert** (Vereinigte Staaten) begrüßte seine Ausschusskollegen und bat nach Annahme der Tagesordnung den Abg. **Ehlers** (Vereinigte Staaten), seinen Generalbericht „Eine energiereiche Zukunft: Technologien und Politische Ansätze für die Energieversorgung im 21. Jahrhundert“ den Ausschusskollegen vorzustellen.

Zur Energiegewinnung verlasse man sich weltweit gegenwärtig in hohem Maße auf fossile Brennstoffe. Zukünftig werde noch mehr Energie benötigt, um das sozio-ökonomische Wachstum in den hochindustrialisierten Ländern aufrechterhalten und den wirtschaftlichen Wohlstand in den Entwicklungsländern fördern zu können. Von dieser Prämisse ausgehend, forderte Abg. **Ehlers** (Vereinigte Staaten) von den Industrieländern ein radikales Umdenken, um eine den nachfolgenden Generationen verpflichtete Zukunftsperspektive entwickeln zu können, wozu eine stärkere Nutzung von Energie mit höherem Wirkungsgrad gehöre. Damit nachhaltige Energieträger einen größeren Anteil an der Energiegewinnung erlangten, müssten erstens ein wettbewerbsfähiges Umfeld geschaffen und zweitens die Mittel für Forschung und Entwicklung regenerativer Ressourcen deutlich aufgestockt werden.

In der darauffolgenden Diskussion schloss sich Abg. **Ertugay** (Türkei) den Forderungen des Berichterstatters nach der Nutzung nachhaltiger Ressourcen an, unterstrich allerdings auch, dass der wirtschaftliche Aufschwung in den Schwellen- und den Entwicklungsländern dadurch nicht beeinträchtigt werden dürfe. Abg. **Gherman** (Rumänien) appellierte an die Ausschusskollegen, die Verantwortung gegenüber den zukünftigen Generationen ernst zu nehmen und angesichts der begrenzten Erdölvorkommen langfristig Vorsorge zu treffen.

Unter Hinweis auf die Problematik des radioaktiven Abfalls sprach sich Abg. **Lothar Ibrügger** (Deutschland) nachdrücklich für ein internationales Abkommen über geeignete Lagerstätten für verbrauchte Brennelemente aus. Zum Thema Kernfusion erinnerte er an einen Besuch des Unterausschusses Anfang der 80er Jahre in Japan, wo die damals im Bau befindliche Anlage immer noch nicht in Betrieb genommen worden sei.

Anschließend berichtete der Vorsitzende des Umweltausschusses des ungarischen Parlaments, Abg. **Illés**, über die Umweltprobleme Ungarns. Schwerpunkte seiner Ausführungen war die Gewässer- und Luftverschmutzung, Beseitigung von Industrieabfall, Überdüngung und der Schutz der Artenvielfalt. Dabei unterstrich Abg. **Illés** den positiven Einfluss, den der NATO-Beitritt insofern gehabt habe, als das ungarische Militär zuvor auf umweltschonendere Verfahren hat umstellen müssen.

Als nächster Redner referierte **Dr. William Potter** über das jugoslawische Rüstungsprogramm. Nach dem 1987 erklärten Verzicht auf das in den 40er Jahren in Jugoslawien aufgelegte Atomwaffenprogramm gebe es im Land nach wie vor kompetente Atomexperten und signifikantes Nuklearpo-

tenzial, wenn auch in weit geringerem Umfang als z. B. in Indien, Pakistan oder Israel. Zwar zeige Belgrad kein Interesse, das Atomprogramm zu reaktivieren, allerdings weigere es sich auch, dem NPT beizutreten. Ausdrücklich verwies **Dr. William Potter** auf die Gefährdung, die daraus für die internationale Staatengemeinschaft erwachse. Sollte sich das Belgrader Regime in eine isolierte oder ausweglose Situation gedrängt fühlen, könnte es eine Reaktivierung der Nuklearkoption oder einen Verkauf von Nuklearmaterial ernsthaft in Betracht ziehen.

Sodann umriss Abg. **Mates** (Vereinigtes Königreich) den Entwurf seines Zwischenberichts „Kontrolle der Kleinwaffen: Eine internationale Herausforderung“. Dabei arbeitete Abg. **Mates** die internationalen Bemühungen heraus, mit Hilfe derer man die Verbreitung von Kleinwaffen kontrollieren und einschränken wolle. Das aktuelle Interesse der NATO an diesem Problem rühre von ihren Erfahrungen bei friedenserhaltenden und erzwingenden Maßnahmen auf dem Balkan her. Als problematisch nannte der Berichterstatter den immensen Bestand an Kleinwaffen, den Handel damit und den Besitz militärisch nutzbarer Waffen in den Händen von Zivilpersonen. Abg. **Mates** appellierte an seine Ausschusskollegen, die zahlreichen internationalen Bemühungen auf diesem Gebiet zu unterstützen.

Dem pflichtete **Dr. David Meddings** vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes bei und begrüßte die jüngsten Initiativen der internationalen Staatengemeinschaft. Zugleich zeigte er sich jedoch beunruhigt darüber, dass mit der NATO-Erweiterung die Menge an Kleinwaffen explodieren werde. Sorge bereite ihm auch der mögliche Waffentransfer in Krisenregionen im Zuge der Interoperabilitätsverpflichtungen, welche die neuen Mitglieder schnellstens erfüllen wollten. Abg. **Parrish** (Kanada) erinnerte daran, dass in ihrem Land der Besitz dieser Waffen verboten sei. Dem hielt Senator **Enzi** (Vereinigte Staaten) entgegen, für ihn sei nur ein Verbot militärisch nutzbarer Kleinwaffen akzeptabel.

Abg. **Gherman** (Rumänien) unterstrich in seinem Sonderbericht „Technik- und Naturkatastrophen in Osteuropa: Risikoeinschätzung und -management“ die immer wichtigere Rolle des Bündnisses bei der zivilen Notfallplanung und Katastrophenhilfe. Im einzelnen erläuterte Gherman Aufgaben und Zusammensetzung der beiden neu geschaffenen Gremien im Rahmen des Euro-atlantischen Partnerschaftsrates: „Euro-atlantic Disaster Response Co-operation Centre“ und „Euro-Atlantic Disaster Response Unit“. Der Vertreter aus der Ukraine nahm den Bericht zum Anlass darauf hinzuweisen, dass sich die Tschernobyl-Katastrophe im Jahr 1986, also noch vor der Unabhängigkeit seines Landes, ereignet habe, das allerdings noch heute unter den Folgen der Reaktorhavarie leide. Darauf entgegnete der Berichterstatter, als Reaktion auf die Reaktorkatastrophe sei in der Öffentlichkeit ein tiefes Misstrauen erwachsen, was auch die Weiterentwicklung der Kernindustrie gehemmt habe. Unter Hinweis auf jüngste Zwischenfälle in Atommeilern unterstrich Abg. **Ertugay** (Türkei) das Erfordernis, die internationale Zusammenarbeit bei der Reaktorsicherheit weiter zu verbessern.

Schließlich diskutierten die Ausschussmitglieder die vom Ständigen Ausschuss herangetragene Kritik, sie befassten sich mit Fragestellungen, die nicht zu originären Themen

der NATO gehörten. Auch seien Einwände gegen die nur unter geringer Beteiligung durchgeführten Ausschussreisen laut geworden. Energisch wies **Sir Peter Emery** (Vereinigtes Königreich) die Kritik mit dem Hinweis darauf zurück, dass gerade Technologie- und Umweltprobleme von der NATO selbst als viel gravierendere und konfliktträchtigere Bedrohungen identifiziert worden seien als die durch militärische Gewalt. Gleichwohl beschloss der Ausschuss, sich der Themen Rüstungskontrolle, IT, zivile Notfallplanung und nukleare Sicherheit anzunehmen.

Den Vorschlag des Ständigen Ausschusses für die neue Bezeichnung „Ausschuss für Technologie und Sicherheit“ lehnten die Mitglieder indes ab.

Sir Peter Emery (Vereinigtes Königreich) gab abschließend einen Überblick über die geplanten Aktivitäten: Besuch der IAEA in Genf und Einblicke in regenerative Energiegewinnung auf Island. Ergänzend fügte Abg. **Lothar Ibrügger** (Deutschland) hinzu, dass er als Sonderberichterstatter „Neue Technologien und ihre Auswirkungen auf Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtweiterverbreitung“ die Umwälzung infolge neuer Technologien auf den gesamten Rüstungssektor genauer untersuchen wolle.

Ausschuss für zivile Angelegenheiten

Im Vordergrund der Debatten im Ausschuss für zivile Angelegenheiten stand die Frage der Krisenbewältigung im euro-atlantischen Raum.

Generalberichterstatter Abg. **Volker Kröning** (Deutschland) behandelte im Entwurf seines Generalberichts „Krisenbewältigung: der Beitrag des ‚europäischen Pfeilers‘“ die Fähigkeit Europas, eine bedeutendere Rolle im Bereich der Krisenbewältigung, insbesondere hinsichtlich der nicht-militärischen Aspekte, überzunehmen. Zu diesem Thema trug **Michael Matthiessen**, Leiter der Task Force „Krisenzelle“ der Europäischen Union, detailliertere Informationen vor.

Der Berichterstatter des Unterausschusses Zivile Sicherheit und Kooperation, Abg. **Migone** (Italien) sprach in seinem Zwischenbericht „CIMIC und die Polizei: Schließen der Kräftelücke bei der Krisenbewältigung“ die Beziehungen zwischen der Armee und den zivilen Organisationen an. **Bridget Kendall**, diplomatische Korrespondentin der BBC, beschäftigte sich in ihrem Vortrag mit den Beziehungen zwischen Medien und Politikern im Zusammenhang mit Krieg.

Die Diskussionen mit der Sicherheitsberaterin des ungarischen Premierministers, **Réka Szemerényi**, und dem Bürgermeister der serbischen Stadt Nis, **Zoran Zivkovic**, konzentrierten sich auf den Zustand Osteuropas, insbesondere Ungarns. Der Entwurf des Sonderberichtes „Die zivilgesellschaftliche Dimension des Stabilitätspaktes für Südosteuropa“ des Abg. **Costel Gheorghiu** (Rumänien) unterstrich die Notwendigkeit der Beachtung der zivilen Aspekte beim Stabilitätspakt.

Generalberichterstatter Abg. **Volker Kröning** (Deutschland) forderte, die Europäische Union solle einen Stabilisierungsfaktor für den euro-atlantischen Raum darstellen, insbesondere durch ihre neu entwickelten Krisenbewältigungsstruk-

turen, und in gewissem Maße durch die künftigen möglichen Erweiterungen bzw. ihre auswärtige Politik. Er betonte den Beitrag des zweiten und dritten Pfeilers der Institutionen der Europäischen Union bei der Herstellung des Friedens sowie bei der Einführung einer präventiven Sicherheitspolitik. Auf den Vorwurf, er habe die Rolle dieser Organisation auf den militärischen Bereich begrenzt, erwiderte er, die Eigenschaften der EU (es handele sich nämlich um eine multidimensionale Organisation) erlaubten Europa, eine umfangreiche Krisenbewältigung zu betreiben. Zusammen mit einigen Vertretern der Nicht-EU-Mitgliedstaaten betonte er zudem die Notwendigkeit des Aufbaus einer festen Verbindung zwischen den beiden Institutionen EU bzw. NATO und zwischen der EU und den Nicht-EU- und Nicht-NATO-Mitgliedstaaten.

Michael Matthiessen brachte den Abgeordneten wertvolle Informationen zum Thema jüngste institutionelle Entwicklungen im Bereich der nicht-militärischen Krisenbewältigung durch die EU zur Kenntnis. Er betonte das breite Umfeld dieses Typs von Krisenbewältigung, der eine enge Koordinierung innerhalb der drei Pfeiler der EU erfordere, unter der Leitung von Gremien wie beispielsweise der „Krisenzelle“ im Sekretariat des Rates oder der „Krisen-Kooperationseinheit“ bei der Kommission. Der Rat habe gerade einen Ausschuss für die Bewältigung von zivilen Krisen eingerichtet.

Die Hauptaufgabe bestehe darin, Polizeikapazitäten zu entwickeln (die EU-Mitgliedstaaten haben schon 3 200 Polizisten in Einsatz, unter anderem 1 400 in Kosovo). Ferner seien weitere Anstrengungen in den Bereichen der Zivil- und Justizverwaltung erforderlich. Es gebe eine enge Zusammenarbeit zwischen der EU und anderen internationalen Organisationen wie z. B. mit der OSZE, dem Europarat und verschiedenen Unterorganisationen der Vereinten Nationen. Schließlich wies er auf die für Krisenfälle neu eingerichtete, zentrale Telefonnummer (285 5000) der Institutionen der EU hin.

Ko-Berichterstatte Abg. **Migone** (Italien) stellte die beiden Hauptthemen seines Berichtes vor: „Die zivil-militärische Zusammenarbeit bei Friedensoperationen“ und „Die Frage der Aufrechterhaltung der Ordnung bei Friedensoperationen“.

Er machte deutlich, dass die immer stärkere Einbeziehung des Militärs bei der Erfüllung ziviler Aufgaben, manchmal ohne eine bestimmte Frist, dazu führe, dass die militärisch Verantwortlichen diese Entwicklung als schädlich für die Kampfeinsatzbereitschaft der Streitkräfte erachten. Die einzige Lösung sei die Verstärkung der zivilen Mittel zur Krisenbewältigung, was eine neue Verteilung der nationalen Haushaltsressourcen erfordere. Der CIMIC fehle es noch an Mitteln, und die Zusammenarbeit mit den zivilen Agenturen solle verbessert werden. Dringend nötig sei die Herstellung einer einheitlichen Befehlsstruktur. Abschließend lobte er die durch die *Carabinieri* geleistete Arbeit und betonte die Notwendigkeit der Entwicklung der Polizeifähigkeiten der EU.

Bridget Kendall sprach die Rolle der Medien in Krisensituationen an. Sie berichtete, dass die Zunahme der Nachrichtenquellen sowie die Entwicklung der 24-Stunden-Nach-

richtenbulletins eine sorgfältige Prüfung der Nachrichten beeinträchtigten. Insbesondere schaffe das Internet ernste Verzerrungen in diesem Bereich.

Sie erinnerte daran, dass die Regierungen in Kriegszeiten viel Wert darauf legen, dass die Presse ihre Standpunkte vertrete und verbreite. Zum Beispiel hätten die Regierungen der NATO es im Kosovo erleichtert, Berichte über die serbischen Gräueltaten vor Ort zu erstellen. Mit Bezug auf die Kriege in Tschetschenien und Sierra Leone betonte **Bridget Kendall** die Gefährlichkeit des Berufs als Journalist und die bedauerliche Abwesenheit von Nichtregierungsorganisationen vor Ort, die eine Schlüsselrolle im Bereich der Verbreitung von Informationen spielen könnten.

Als Beispiel nannte sie die Haltung der britischen Regierung während des Kosovo-Krieges. Bedingt durch den zeitlichen Druck habe die britische Regierung tägliche Pressekonferenzen von Spitzenbeamten oder Politikern und „live“-Berichte vor Ort mit Gesprächen gemischt, die mit Militärs oder politisch Verantwortlichen geführt worden seien, und damit eine Art von „prêt-à-porter“-Journalismus geschaffen.

Nachdem **Zoran Zivkovic** sich als Bürgermeister der zweitgrößten Stadt Serbiens und ebenfalls als ein Vertreter der Opposition gegenüber Präsident Milosevic vorgestellt hatte, macht er deutlich, dass die Sanktionen gegen Serbien kontraproduktiv seien. Er fügte hinzu, die Angriffe gegen Serbien hätten die durch die westlichen Mächte vertretenen Ziele diskreditiert. In Gegensatz dazu lobte er das durch die EU entwickelte Programm „Energie für Demokratie“ und mahnte die Erweiterung des Programms und die Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen sowie von unabhängigen Medien an. Auf eine Frage zur Zukunft des Kosovo antwortete er, dass er an ein demokratisches und multiethnisches Kosovo in einem demokratischen Serbien glaube.

Der Sonderberichterstatter Abg. **Costel Gheorghiu** (Rumänien) lobte den Stabilitätspakt als ein langfristiges Instrument für die künftige Integration in die EU und für die Zwischenetappe sowie für den Frieden in Südosteuropa. Die Hauptaufgabe bestehe darin, eine demokratische Regierung mit Unterstützung und Einbeziehung der Bevölkerung aufzubauen. Einen beträchtlichen Beitrag in diesem Bereich könnten NGO's leisten.

Zum Thema Stabilisierung der Balkanregion erklärte **Réka Szemerkényi** (Ungarn), dass Ungarn als ein Nachbar Serbiens den Frieden fördern wolle. Angesichts der ungarischen Minderheiten in Serbien (Wojwodina) handle es sich hierbei jedoch um eine heikle Frage. Ungarn unterstütze die Zusammenarbeit und die Kooperation in dieser Region beispielsweise durch die Veranstaltung von Zusammentreffen im Rahmen des Stabilitätspaktes bzw. durch die Förderung der demokratischen Parteien in Serbien.

Sie zog eine sehr gute Bilanz des ersten Jahres der Mitgliedschaft Ungarns in der NATO in Bereich Verteidigung und Sicherheit. Ferner äußerte sie den Wunsch, Ungarn möge schon jetzt in die Debatten zur Verfassung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik einbezogen werden.

Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit

Der Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit tagte während der diesjährigen Frühjahrstagung in Budapest am 28. Mai 2000 unter dem Vorsitz des Abg. **Estrella** (Spanien).

Im Mittelpunkt der Diskussionen des Ausschusses standen die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union sowie das geplante nationale Raketenabwehrsystem der USA. Während die Einführung dieses Systems von den amerikanischen Parlamentariern allgemein befürwortet wird, werden seine Effizienz und die tatsächliche Erhöhung der Sicherheit der Allianz von europäischer Seite in Frage gestellt. Andererseits befürchten die NATO-Mitgliedstaaten, die nicht der EU angehören, eine Schwächung des Bündnisses durch die ESVP und eine ungenügende Einbeziehung der europäischen Nicht-EU-Mitgliedsländer in die europäische Sicherheitspolitik.

Der ungarische Verteidigungsminister **János Szábo** nannte in seinem Vortrag vor der Versammlung die Entwicklung einer nationalen Verteidigungs- und Militärstrategie wie auch die Streitkräftereform als wichtigste Aufgaben Ungarns in den nächsten Jahren. Es sei Ungarns Pflicht, sich in die moderne Struktur der NATO einzugliedern und seinen Verpflichtungen als NATO-Mitgliedstaat zu genügen. Dem Land komme dabei eine strategische Rolle zu aufgrund seiner geographischen Lage als Nachbar instabiler Länder. Zum ersten Mal in seiner Geschichte bestehe für Ungarn die Möglichkeit zur Formulierung einer unabhängigen Militärstrategie, bei der sicherheitspolitische Überlegungen im Vordergrund stünden. Dabei gehe es nicht nur um die eigenen Streitkräfte und die Verteidigung, sondern um die Zusammenarbeit der ungarischen Streitkräfte mit den übrigen NATO-Mitgliedstaaten für die Leistung eines Beitrags zur Sicherheit des nordatlantischen Bündnisses und zur Umsetzung des Strategiekonzepts der NATO. Zu den neuen Sicherheitsanforderungen gehörten eine größere militärische Schlagkraft, um ein effektiveres Eingreifen zu ermöglichen. Der nationale Beitrag Ungarns bestünde darin, dass das Land als Versorgungstützpunkt für friedenserhaltende Missionen genutzt werde. Im Rahmen der *Partnership for Peace* habe die ungarische Armee an IFOR, SFOR und KFOR-Einsätzen teilgenommen. Anhand der Kosovo-Krise seien die Mängel der ungarischen Streitkräfte deutlich geworden: die Luftwaffe und die Ausrüstung des Militärs seien veraltet, es bestünden logistische Probleme und Probleme mit der Interoperabilität. Aufgrund der Mittelknappheit des ungarischen Haushalts könnten Verbesserungen im Verteidigungssektor jedoch nur auf Kosten anderer Bereiche erfolgen. Ungarn brauche daher flexiblere und kleinere Streitkräfte, die ausbaufähig seien und langfristig auf einem hohen Niveau bestehen könnten. Der erforderliche Wandel in der Armee (Umstrukturierung, Herstellung einer Interoperabilität mit den NATO-Streitkräften, Verbesserung der Ausbildung und der Bereitschaft der Einheiten) erfordere jedoch erhebliche Mittel und sei letztlich auch nicht über Nacht zu bewältigen.

Auf die Frage des Abg. **Cook** (Vereinigtes Königreich) nach Ungarns Einstellung zur ESVP antwortete der Verteidigungsminister, dass die europäische Sicherheit und die Sicherheit Ungarns unteilbar miteinander verbunden seien. Die ungarische Regierung sehe jedoch vor allem die NATO als Rahmen zur Erlangung von Sicherheit und Stabilität an,

in dem die europäischen Länder eine größere Verantwortung bei der Gewährleistung der europäischen Sicherheit übernehmen müssten.

Generalberichterstatter **Hoekema** (Niederlande) erkundigte sich nach der Sicherstellung eines Gleichgewichts zwischen militärischer Aufsicht und ziviler Überwachung bei den ungarischen Streitkräften. **Minister János Szábo** verwies auf die besondere Strukturierung des Verteidigungsministeriums in einen zivilen und einen militärischen Block und auf die zivil orientierte Überwachung beider Einheiten durch den Minister.

Im Anschluss an die Feststellung des niederländischen Europaabgeordneten **Wiersma** äußerte sich **Minister János Szábo** ebenfalls besorgt darüber, dass die Slowakei bei den Verhandlungen über einen Beitritt zur NATO als einziges Land der Visegrad-Staaten zurückgestellt worden sei. Es liege auch im Interesse Ungarns, von NATO-Mitgliedstaaten umgeben zu sein.

Auf die Frage des Abg. **Kurt J. Rossmann** (Deutschland), ob an der Grenze zu Jugoslawien noch Probleme bestünden, die eine Unterstützung der Vertragsstaaten erforderlich machten, antwortete der Verteidigungsminister, die Herstellung der Sicherheit werde vermutlich noch einige Zeit in Anspruch nehmen, die Lage werde sich aber in dem Maße verbessern, in dem Teile Jugoslawiens wieder in die internationale Gemeinschaft aufgenommen würden. Bestimmte innenpolitische Änderungen in Jugoslawien könnten sich allerdings auch auf Ungarn auswirken, da eine ungarische Bevölkerung in Jugoslawien lebe.

Der stellvertretende Direktor für Streitkräfteplanung bei der NATO, **Frank Boland**, informierte den Ausschuss über die Verteidigungsfähigkeitsinitiative und die Verteidigungsplanung der NATO. Er erläuterte, dass die wichtigsten Ziele der Verteidigungsfähigkeitsinitiative in der Erhaltung und Verbesserung der militärischen Fähigkeiten der NATO bestünden sowie darin, die militärischen Fähigkeiten der NATO zu wahren und auszubauen und die Allianz auf künftige militärische Aufgaben vorzubereiten. Er betonte, dass sowohl die Verteidigungsfähigkeitsinitiative als auch die NATO-Streitkräfteziele darauf abzielten, die Anstrengungen der NATO-Mitgliedstaaten zur Verbesserung ihrer militärischen Fähigkeiten zu fördern und den technologischen Rückstand der Europäer im Vergleich zu den Vereinigten Staaten zu verringern. Er nannte die Stärkung der Verteidigungshaushalte der europäischen Mitgliedstaaten, eine effizientere Mittelverwendung und ein Zusammenlegen der Ressourcen als entscheidende Faktoren zur Realisierung der Ziele der Verteidigungsfähigkeitsinitiative und der NATO-Streitkräfteziele.

Abg. **Bereuter** (USA) äußerte die Besorgnis, dass die ESVP die Verteidigungsfähigkeitsinitiative beeinträchtigen könnte. **Frank Boland** sah einen engen Zusammenhang zwischen ESVP und VFI und war der Ansicht, dass beide Initiativen sich gegenseitig unterstützen müssten. Da die ESVP jedoch gegenwärtig noch nicht völlig konkretisiert sei, sei nicht bekannt, wie ehrgeizig ihre Ziele wirklich seien.

Abg. **Johnson-Smith** (Vereinigtes Königreich) erkundigte sich danach, welchem Streitkräfteziel das Eurokorps entspräche. Das Eurokorps werde außerhalb der NATO-Strukturen gebildet, die französischen Eurokorps-Streitkräfte

seien jedoch auch für die NATO vorgesehen. Herr Boland räumte ein, dass die Tatsache, dass das Eurokorps nicht im NATO-Verband stehe, die Arbeit erschwere. Es sei jedoch kein Hindernis dafür, dass die NATO die Länder zur Verstärkung ihrer Streitkräfte auffordere.

Der Europaabgeordnete **Laschet** (Deutschland) betonte sein Unverständnis über die Diskussion um das Eurokorps, da bei NATO-Einsätzen, wie beispielsweise im Kosovo, darauf zurückgegriffen werden könne. Es bestehe kein Haushaltsgegensatz; das Eurokorps sei vielmehr die Antwort auf die Forderung, dass die Europäer fähig sein müssten, selbst tätig zu werden.

Anschließend stellte **Wim van Eekelen** (Niederlande), Berichterstatter des Unterausschusses Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit, seinen Zwischenbericht zur ESVI der NATO und zur ESVP der Europäischen Union vor. In dem Bericht werde zwischen mehreren Szenarien für militärische Einsätze unterschieden. So werde die kollektive Verteidigung von der NATO gesichert; das Eurokorps stehe der NATO für militärische Einsätze zur Verfügung. Bei Einsätzen außerhalb des NATO-Bereichs sei es entweder denkbar, dass die NATO die Operationen leite, oder aber, dass sie sich nicht an Einsätzen beteilige. Im letzteren Fall könne sie ihre Einrichtungen zur Verfügung stellen oder deutlich machen, dass ein autonomes Handeln der Europäer erforderlich sei. Der Bericht stelle ferner die Frage nach der Begründung der europäischen Verteidigungsidentität und prüfe die Möglichkeiten für einen Ausbau dieser Identität. Die Europäische Union habe die Entscheidung getroffen, die GASP zu verstärken, und auf dem Gipfel von Helsinki beschlossen, bis zum Jahre 2003 in der Lage zu sein, innerhalb von 60 Tagen Truppen in der Stärke von 50 000 bis 60 000 Mann zu mobilisieren. Unklar sei jedoch weiterhin, wo und unter welchen Bedingungen derartige Einsätze stattfinden sollten. Die Union habe zudem am 1. März politische Gremien geschaffen. In seinem letzten Teil befasste sich der Bericht mit den Zielen von Helsinki und diskutiere die Frage einer stärkeren Beteiligung der EU an SFOR- und KFOR-Einsätzen. Hierbei dürfe auch der Aspekt der parlamentarischen Aufsicht über die Verteidigungspolitik nicht gering geschätzt werden. Zur Rolle der WEU in der europäischen Verteidigungslandschaft sagte Abg. **Van Eekelen** (Niederlande), alle Abmachungen der in Kürze in der EU aufgehenden WEU mit der NATO sollten auf die EU übertragen werden. Eine Sicherheit durch Beteiligung sei jedoch wichtiger als Sicherheit durch formalisierte Abmachungen, die später nicht praktiziert würden. Sowohl die EU-Beitrittskandidaten als auch die 6 Mitgliedstaaten der NATO, die der Union nicht angehörten, müssten in verteidigungspolitische Diskussionen einbezogen werden.

Abg. **Squire** (Vereinigtes Königreich) stimmte überein, dass die Entwicklung der ESVP nicht zu einer unnötigen Duplizierung der militärischen Fähigkeiten von NATO und EU führen dürfe. Die europäischen Länder sollten vor allem ihre Verteidigungshaushalte erhöhen und ihre Mittel effizienter verwenden.

In der anschließenden Diskussionsrunde brachten Vertreter aus den nicht der EU angehörenden sechs Mitgliedstaaten ihre Besorgnis zum Ausdruck, nicht an der ESDP beteiligt zu werden. Abg. **Köse** (Türkei) fürchtete, dass eine Teilung der europäischen Sicherheitspolitik auf Kosten dieser Län-

der erfolgen werde. Abg. **Roesjorde** (Norwegen) und Abg. **Kristjansson** (Island) widersprachen der Auffassung, dass die Lage der sechs Nicht-EU-Mitgliedstaaten nur von kurzer Dauer sein werde, da einige Länder wie beispielsweise Norwegen und Island gegenwärtig nicht die Absicht hätten, der EU beizutreten. Abg. **Longin Pastusiak** (Polen) forderte eine Einbindung dieser Länder von Anfang an in einen Konsultationsprozess. Abg. **Bereuter** (USA) widersprach der Auffassung des Berichterstatters, dass die Einräumung eines „Rechts auf Ablehnung“ für die USA allzu formalistisch sei. Die USA träten für eine Stärkung des europäischen Pfeilers und für einen Ausbau der europäischen Kapazitäten ein; die Art und Weise, wie eine Verbindung zu den sechs Nato-Mitgliedstaaten außerhalb der Europäischen Union hergestellt werde, sei für die USA jedoch von großer Bedeutung.

Generalberichterstatter **Hoekema** (Niederlande) erläuterte seinen Bericht über die nationale Raketenabwehr (NMD) und die Allianz nach dem Kosovo. Er informierte den Ausschuss über die amerikanischen Pläne zur Einführung eines beschränkten Raketenabwehrsystems und unterstrich, dass die Allianz wichtige Lehren aus dem Kosovo-Konflikt zu ziehen habe. Das Verhältnis der NATO zu Russland und zur Ukraine sei gut; Russland habe sogar Interesse an einer Mitgliedschaft in der NATO bekundet. Allerdings wirkten sich einige Aspekte des NMD-Programms sehr negativ auf die Beziehungen zwischen der NATO und Russland aus. Der Bericht spiegelte die Zweifel der europäischen Bündnispartner an der technischen Durchführbarkeit und der Kosteneffizienz des Systems wider und stellte die amerikanische Einschätzung der Bedrohung durch Kernwaffen in Frage. Er wies ferner auf eine mögliche Beeinträchtigung des ABM-Vertrags durch die nukleare Raketenabwehr hin und gab somit Anlass zu einer nachfolgenden lebhaften Diskussion zwischen Befürwortern und Kritikern des Systems.

Abg. **Kenny** (Kanada) hielt es für notwendig, eine umfassendere Strategie für die Bewältigung der Bedrohung durch „Schurkenstaaten“ zu entwickeln. Abg. **Hefley** (USA) zeigte sich erstaunt, dass es keine wirksame Raketenabwehr gäbe. Seiner Ansicht nach war der Bericht eng gefasst, nicht auf dem neuesten Stand, und keines der Argumente werde der Bedrohung der Vereinigten Staaten gerecht. Abg. **Hefley** unterstrich, dass die USA entschlossen seien, mit der Raketenabwehr voranzuschreiten. Gouverneur Bush habe öffentlich erklärt, dass er die Entwicklung einer Raketenabwehr unterstütze, und wenn nötig eine Gesetzesänderung veranlassen werde. Senator **Voinovich** (USA) kritisierte, der Van-Eekelen-Bericht spiegele nicht die Beschlüsse von Florenz wider. Eine Analyse zum ABM-Vertrag sei auf der Grundlage der Kriterien der Bedrohung, der technologischen Kosten und der Auswirkungen auf die allgemeine Sicherheit erfolgt. Er riet von Verhandlungen mit Russland zum ABM-Vertrag, so wie sie in den europäischen Parlamenten stattgefunden hätten, ab.

Mehrere Vertreter europäischer Parlamente äußerten starke Zweifel an der tatsächlichen Effizienz eines Schutzes durch NMD. Abg. **Tabladini** (Italien) räumte ein, dass jedes Land selbst über seine eigenen Haushaltsausgaben entscheiden könne, eine derartige Ausgabe sei jedoch nur akzeptabel, wenn durch sie die Bedrohung tatsächlich beseitigt werde. Es sei allerdings fraglich, ob die Bedrohung durch „Schur-

kenstaaten“ wirklich so groß wie behauptet sei, andererseits könne eine Bedrohung z. B. durch mit Bomben beladene Frachter durch NMD nicht ausgeräumt werden. Abg. **Boucheron** (Frankreich) warnte vor den möglichen Folgen einer Raketenabwehr, die zu einem neuen Wettrüsten führen könne. NMD biete keinen vollkommenen Schutz, da von allen abgefeuerten Raketen noch immer ein Drittel durchkämen. Folglich könnten sich einige Staaten veranlasst sehen, ihre Raketenproduktion zu erhöhen, um somit die Trefferwahrscheinlichkeit anzuheben, weshalb der Erfolg derselbe wie ohne NMD sei. Ginge es darum, „Schurkenstaaten“ zu zügeln, könnten mit denselben finanziellen Mitteln erheblich größere diplomatische Bemühungen unternommen werden. Abg. **Sir Emery** (Vereinigtes Königreich) mahnte die Amerikaner, sehr gut darüber nachzudenken, ob sie angesichts der hohen finanziellen Ausgaben mit einer Raketenabwehr voranschreiten wollten.

Anschließend stellte Abg. **Rasmussen** (Dänemark) ihren Sonderbericht über das Prinzip der Multinationalität in Krisensituationen vor, in dem sie über die Entsendung eines gemeinsamen dänisch-baltischen Bataillons im Oktober 1998 in den Kosovo berichtete. Die Aufstellung multinationaler Bataillone ermögliche es den an der *Partnership for Peace* beteiligten Ländern Osteuropas, sich mit dem NATO-Krisenkonzept vertraut zu machen. Die wahrgenommene Legitimität eines Einsatzes nehme stark zu, je mehr Nationen sich an ihm beteiligten. Diese Erfahrung habe gezeigt, dass es möglich sei, effektive multinationale Verbindungen zu schaffen. Der Bericht erfuhr große Zustimmung von Vertretern der osteuropäischen Länder und des Europäischen Parlaments.

Als letzter erläuterte der Berichterstatter des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungskapazitäten“, Abg. **Forcieri** (Italien), seinen Zwischenbericht über die Verteidigungsfähigkeitsinitiative (DCI) und das Strategische Konzept der NATO, in dem er die Bemühungen der Verbündeten zur Verbesserung ihrer militärischen Fähigkeiten darlegte. Aufgrund der geopolitischen Änderungen der letzten Jahre brauche die NATO heute Truppen, die in allen möglichen Gebieten eingesetzt werden können. Es sei erforderlich, sich von den schwerfälligen Formationen des Kalten Krieges zur Gebietsverteidigung wegzubewegen. Man könne die Synergien zwischen dem zivilen und dem militärischen Sektor nutzen, wobei der zivile Bereich größere Aufgaben übernehmen könne. In Europa sei man davon überzeugt, dass das neue strategische Konzept umgesetzt werden müsse. Das Umstrukturierungsprogramm sei sehr umfangreich, die vorhandenen Kapazitäten müssten koordiniert und die Truppen der verschiedenen Länder harmonisiert werden. Ein Bündnis auf zwei verschiedenen Niveaus könne so aussehen, dass einige Länder sich bei einem Angriff verteidigen könnten, während andere sich vor allem an Friedensmissionen beteiligten. Der Berichterstatter sprach ferner das Problem der ungenügenden europäischen Investitionen für den Bereich Forschung und Technologie an: Während in den USA 3,5 % des BSP für Forschung und Technologie aufgewandt würden, seien es in Europa nur 2,2 %.

Abg. **Kenny** (Kanada) war der Ansicht, dass der Bericht nicht kritisch genug sei. Sein Kollege Abg. **Hart** (Kanada) widersprach dieser Auffassung, da der Bericht insbesondere

Probleme wie die wachsenden technologische Lücke zwischen den Vereinigten Staaten und Europa angesprochen habe. Eine Anhebung der Ausgaben für die Verteidigung sei unerlässlich, da sich das internationale Umfeld geändert habe. Die VFI werde hoffentlich die technologische Lücke schließen, bei der es nicht nur um Material, sondern auch um Personal gehe. Abg. **Tiltley** (Europäisches Parlament) unterstrich noch einmal, dass die Europäer ihre Ressourcen stärker als bisher zusammenlegen und insbesondere die Zusammenarbeit in der Forschung erhöhen müssten. Abg. **Van Eekelen** (Niederlande) setzte sich dafür ein, dass der endgültige Bericht genauer darlegen müsse, welche Maßnahmen von der NATO insgesamt angestrebt und welche Anstrengungen von den Europäern unternommen werden sollten. Abg. **Boucheron** (Frankreich) sprach erneut die Frage der Forschungsinvestitionen an und betonte, dass die Kluft zwischen den USA und Europa hier noch sehr viel größer sei und Amerika zudem seine Gelder für diesen Bereich dreimal so effektiv ausbebe. Einer der Gründe bestehe darin, dass die Europäer keine gemeinsame Auftragsvergabepolitik besäßen. Obwohl OCCAR eine wichtige und nützliche Maßnahme sei, müsse Europa weiterhin nach gemeinsamen Lösungen suchen.

Ständiger Ausschuss

Hauptergebnis des Ständigen Ausschusses war zum einen die Nominierung des US-amerikanischen Abg. **Bliley** zum amtierenden Präsidenten. Der Grund war die Niederlegung seiner Funktionen durch den bisherigen Präsidenten, **Ruperez**, der als Botschafter in den USA vorgesehen ist.

Wenig Ergebnisse zeitigte die Diskussion über die Restrukturierung der Aktivitäten der Versammlung. Insbesondere die Fragen der Benennung der Ausschüsse, aber auch möglicher Überschneidungen bei der Arbeit und der Anwesenheit bei Rose-Roth-Seminaren wurde breit diskutiert. Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) schlug vor, die Aktivitäten außerhalb der Ausschüsse auf drei Rose-Roth-Seminare und einen Unterausschussbesuch zu reduzieren. Andere Unterausschusstreffen sollten nur den Vorsitzenden, den Berichterstatter und den Ausschussdirektor umfassen. Andere Delegationen sahen Probleme darin, dies mit ihren eigenen Regelwerken zu vereinbaren. Der Generalsekretär unterstützte den Vorschlag des Abg. Meckel. Insgesamt wurde festgehalten, dass auf der Grundlage des vorliegenden Papiers die Situation in Berlin erneut diskutiert werden sollte.

In Bezug auf die Beziehungen zu Russland und insbesondere zur Staatsduma schlug der spanische Abg. **Estrella** vor, dass der Generalsekretär informelle Kontakte mit der Duma aufnehmen solle, um zur Normalisierung der Beziehungen zu gelangen. Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) drückte sein Missvergnügen über das Pressecommuniqué aus, das nach der letzten Sitzung des Ständigen Ausschusses in Brüssel herausgegeben worden war. Es habe nicht den tatsächlichen Stand der Diskussion wiedergegeben. Er berichtete, dass er dem Vizepräsidenten der Duma mitgeteilt habe, dass der Status der Duma gegenüber der NATO nicht verändert sei.

Der Vorschlag des Abg. **Estrella** (Spanien) erhielt breite Unterstützung. Der britische Abg. **Anderson** drückte aus,

dass Aufgabe der Parlamentarier der Dialog und es absurd sei, die Beziehungen zur Duma auf dem Zustand zu halten, auf dem sie sich befanden, während sie auf anderen Ebenen stark verbessert seien. Der türkische Abg. **Inan** versuchte, eine Verbindung zwischen der Reaktion des Europarates auf die Militäreinsätze Russlands in Tschetschenien zu verbinden mit der Haltung der NATO-Versammlung. Hiergegen wurde jedoch eingewandt, dass der Europarat eine andere Rolle zu erfüllen habe als die NATO.

Des Weiteren wurde Kroatien, das bisher Beobachter war, der Status eines assoziierten Mitglieds verliehen. Außerdem berichtete der Präsident, dass der Beschluss der vergangenen Sitzung des Ständigen Ausschusses in Brüssel, dem Europäischen Parlament die Entsendung einer zehnköpfigen Delegation mit weitgehenden Rechten im Austausch für eine entsprechende Delegation der NATO-Versammlung beim Europäischen Parlament anzubieten, in die Tat umgesetzt worden sei. Es habe einen entsprechend engen Kontakt mit dem Europa-Abgeordneten Elmar Brock gegeben. Abg. **Markus Meckel** (Deutschland), der seinerzeit die Initiative ergriffen hatte, drückte die Erwartung aus, dass die Vereinbarung in eine formelle Abmachung münden würde. Er bat noch einmal den Ständigen Ausschuss darum, trotz des Problems der Reziprozität mit der WEU auch diese nicht aus dem Blickfeld zu verlieren.

Eine Beschlussfassung über die vorgeschlagene Veränderung der Geschäftsordnung zur Stellung von Änderungsanträgen fand nicht statt, da sich der Ständige Ausschuss nicht auf eine einheitliche Vorgehensweise bei dem Erfordernis der Unterschriftsleistung für Änderungsanträge einigen konnte. Der Generalsekretär wurde damit beauftragt, für die Berlin-Sitzung einen entsprechenden neuen Vorschlag zu machen.

Plenarsitzung

In einer kurzen Ansprache charakterisierte der Präsident der ungarischen Nationalversammlung, **János Áder**, als wichtigste Aufgabe der Parlamentarier, eine sicherere und transparentere Welt zu schaffen. Besser als jede Mauer schütze ein Zustand, in dem man von Freunden umgeben sei. Beispielfür die Veränderungen in Mitteleuropa sei die Zusammenarbeit der Visegrad-Staaten. In diesem Sinne wünsche er auch der NATO und der Parlamentarischen Versammlung der NATO viel Erfolg.

Der ungarische Premierminister **Viktor Orbán** wies auf die erfolgreiche Politik Ungarns in allen Bereichen hin. Das Wachstum werde von 4,5 % auf demnächst 7 % steigen. Die Inflation liege nur noch bei 7 %. Der Trend sei in allen wichtigen Indikatoren positiv. Andererseits vermisste er eine ausreichende Strategie der EU für die Beitrittsländer. Ungarn habe bereits genug getan, werde aber hingehalten. Das größere Europa erscheine manchen Beitrittsländern als ein reines Versprechen. Festzuhalten sei, dass Sicherheit zur wirtschaftlichen Entwicklung beitrage. Ungarn habe sich in jeder Beziehung eingebracht. Es habe an KFOR und SFOR teilgenommen, und zwar teilweise bereits vor seiner eigentlichen Mitgliedschaft in der NATO. Diese Teilnahme stoße auch auf große öffentliche Zustimmung. In praktischer Hinsicht helfe Ungarn dadurch, dass es die demokratisch ge-

wählten Bürgermeister in Jugoslawien unterstütze. Wie unterschiedlich Minderheiten behandelt würden und welche Zusammenhänge dort zu den entsprechenden Regionen bestünden, sehe man an den demokratischen Koalitionen in Rumänien und der Slowakei, an der Zusammenarbeit mit Kutschma in der Ukraine, während Ungarn in Jugoslawien auf die Opposition angewiesen sei. Ungarn erwarte, auch in die Europäische Verteidigungsinitiative eingeschlossen zu werden.

Der rumänische Abg. **Pop** warf die Frage auf, ob der Premierminister damit sagen wolle, dass sich östlich einer Linie Ostsee-Mittelmeer keine Erfolge in Europa zeigten. Rumänien habe zwar Schwierigkeiten, aber die Aussage in ihrer Allgemeinheit sei falsch. Der britische Abg. **Cohen** fragte nach der Wirksamkeit der Sanktionen und beklagte die Probleme, die für die Donau-Schifffahrt entstanden seien.

Abg. **Markus Meckel** (Deutschland) würdigte die Rolle Ungarns bei der Demokratisierung Serbiens. Er bekräftigte, dass die Deutschen für die Aufhebung der Sanktionen gegenüber der Bevölkerung eintreten, aber auch für eine strenge Handhabung der Sanktionen gegenüber Milosevic. Dies betreffe insbesondere auch die Auslandskonten.

Premierminister **Orbán** erwiderte auf die Frage des rumänischen Abg. **Pop**, dass die Definition Europas Sache der Wissenschaft sei. Als Ministerpräsident müsse er die Fakten zur Kenntnis nehmen. Es gebe eine solche Linie, die Erfolge von nicht Erfolgreichen trenne. Die östlich davon liegenden Staaten müssten sich stärker anstrengen. Was Südosteuropa angehe, so sei Ungarn eine NATO-Insel. Es gebe keine Landverbindung. Ohne Ungarn sei aber keine erfolgreiche Balkanpolitik möglich. Sein Land sei das Tor zum Balkan, und das sowohl historisch als auch geografisch. Er rufe die Völker des Balkans dazu auf, miteinander zu kooperieren. Sie seien alle Europäer – ohne Ausnahme. Die Donaufrage dürfe nicht im Zusammenhang mit der Sanktionsfrage gesehen werden. Hinsichtlich der Donau gebe es einen Ausschuss mit Jugoslawien. Die Folgen der Sanktionen seien Korruption und illegaler Handel. Es fehle allerdings noch an einer Ersatzstrategie für die Sanktionspolitik.

Auf die Fragen des italienischen Abg. **Rebuffa** nach der zentralen Rolle Ungarns in Mitteleuropa und des US-amerikanischen Abg. **Grassley** nach der Zufriedenheit in Ungarn mit der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik führte der **Ministerpräsident** aus, dass Ungarn nicht unbedingt mit der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik einverstanden sei. Die Informationspolitik der Europäischen Union sei jedoch in Ordnung. Die portugiesische Präsidentschaft habe gut gearbeitet. Es müsse eine einheitliche Euro-Atlantische Sicherheitspolitik geben, damit nicht wieder das Problem von sogenannten Pufferzonen entstehe. Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU dürfe einen integrierten NATO-Prozess nicht gefährden. Deshalb werde man dies zur Voraussetzung einer Akzeptanz der Außen- und Sicherheitspolitik der EU machen. Das Mitscheidungsrecht der bisherigen Länder, die sich auch an der WEU beteiligt hätten, müsse erhalten bleiben. Die zentrale Rolle Ungarns liege schon allein darin, dass es zehn Millionen Ungarn im Land gebe aber noch weitere fast vier Millionen in den Nachbarländern. Diese Minderheiten stellten aber niemals ein Problem, sondern eher dessen Lösung dar,

weil ihr Ziel ausschließlich die Herstellung der Demokratie sei.

Der Präsident der Versammlung, Abg. **Ruperez** (Spanien), bedauerte, als Präsident der Versammlung zurückzutreten. Er schlug bis zu der Berliner Tagung den Vizepräsidenten, Abg. **Bliley** (Vereinigten Staaten), der nicht nur ein sehr erfahrener Politiker sei, sondern auch verschiedene Funktionen innerhalb der Versammlung ausgeübt habe, als Präsidenten vor. Aus seiner langjährigen Arbeit mit politischen Führern und Parlamentariern der Euroatlantischen Region und aus seinen Erfahrungen mit der OSZE und der NATO zog er grundlegende Schlussfolgerungen:

Endgültige Sicherheit könne zunächst nur dann erreicht werden, wenn die materiellen Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigt seien und, was ebenso wichtig sei, eine institutionalisierte Achtung der individuellen und kollektiven Menschenrechte bestehe. Zudem gebe es Sicherheit nur als Ganzes. Der Zusammenbruch Jugoslawiens lehre, dass die Koexistenz von Sicherheitszonen und unsicheren Zonen praktisch unmöglich sei. Sicherheit und Unsicherheit könnten nicht nebeneinander bestehen. Da Sicherheit auch nationale Grenzen überschreite, sei eine internationale Zusammenarbeit erforderlich. Die jüngsten Ereignisse erinnerten daran, dass die Anwendung von Gewalt in manchen Fällen unvermeidbar sei, um Frieden zu schaffen. Solche Situationen seien immer umstritten und schwierig, aber würden, wie er befürchtete, in Zukunft zahlreicher auftreten. Einer der Gründe für die besondere und steigende Wertschätzung der Versammlung liege darin, dass sie versuche einen Konsens für die Lösung solcher Konflikte zu finden. Schwierigkeiten zu erkennen und zu beseitigen, bevor sie zu Problemen werden, sei eine der wichtigsten Aufgaben der Politiker.

Jetzt, zu Beginn eines neuen Jahrhunderts, stelle sich die Frage, wie diese Prinzipien in einer Zeit der ständigen Veränderung angewendet werden könnten. Sowohl die OSZE als auch die NATO hätten hart daran gearbeitet, mit den zahlreichen Spannungen und Konflikten seit dem Ende des Kalten Krieges fertig zu werden. Beide hätten gute Arbeit geleistet. Auch fragte er, ob das künftige Gleichgewicht der euro-atlantischen Sicherheit auf Zusammenarbeit oder auf Bewaffnung basieren werde. Welchem der Vorzug gegeben wird, sei bekannt, aber es wäre unverantwortlich, Wunschvorstellungen und Realität durcheinander zu bringen, die Notwendigkeit der NATO zu bestreiten und sie auf eine paneuropäische Sicherheitszone unter Führung der OSZE zu reduzieren. Man könne der NATO dafür danken, dass sie über 50 Jahre lang den Frieden bewahrt habe. Dasselbe treffe auf die parlamentarische Versammlung der NATO zu, die unschätzbare Arbeit geleistet habe, sowohl als Forum für Debatten als auch als notwendiges und in dieser Funktion immer wichtiger werdendes inneres und äußeres Bindeglied zwischen öffentlicher Meinung und politischer Führung und in den letzten 45 Jahren, insbesondere im letzten Jahrzehnt, und damit eine Menge erreicht habe. Die Scherben des sich auflösenden Sowjetimperiums seien aufgelesen worden, um eine Gemeinschaft unabhängiger Staaten zu bilden, die ihren Völkern die Freiheit der Demokratie böten und eigene gegenseitige politische und ökonomische Beziehungen aufbauten. Die NATO habe klar gemacht, dass die Verpflichtung zu Demokratie und Freiheit kein leeres Gerede sei, sondern dass sie entschlossen sei, Gewalt anzu-

wenden, wenn fundamentale menschliche Werte bedroht würden.

Abg. **Ruperez** (Spanien) bedankte sich bei seinen Vorgängern **Karsten Voigt**, **Bill Roth** und **Loïc Bouvard** für die Weitsicht, die NATO all denjenigen zu öffnen, die sich ihren Werten verpflichtet fühlen und an deren Förderung und Verteidigung teilnehmen möchten. Er gratulierte in diesem Zusammenhang nochmals dem Gastgeberland Ungarn zu seinem Beitritt. Erfolge wie die Überwindung des Kalten Krieges, der Widerstand gegenüber Angriffen und die Integration der neuen Demokratien in die euro-atlantischen Institutionen konnten erst durch eine gemeinsame Vision und Entschlossenheit der Nordamerikaner und der Europäer darüber, dass diese Politik die richtige sei, errungen werden. Der transatlantische Zusammenhalt sei das Herzstück der Allianz und die Voraussetzung ihres Erfolges. Zu erlauben, dass dieser geschwächt wird, laufe auf ein Untergraben ihrer Erfolge hinaus. Im Moment sehe er zwei Streitpunkte, die möglicherweise zu einer Spaltung führen könnten: die nationale Raketenabwehr („National Missile Defence“, NMD) und die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik („European Security and Defence Policy“, ESDP).

Während die Vereinigten Staaten aus Gründen empfundener Bedrohung und jüngster technischer Fortschritte die Notwendigkeit und Möglichkeit feststellten, sich vor Raketenangriffen schlechtgesinnter Staaten oder versehentlicher Attacken anderer Staaten zu schützen, hätten die Europäer, die in der Mehrzahl die Einschätzung der Bedrohung der US-Amerikaner nicht teilten, ihr Missfallen an diesem Projekt bekundet, da sie Auswirkungen auf die US-russischen Nuklearbeziehungen, die weltweite Verbreitung von Nuklearwaffen und einen möglichen Entfremdungseffekt innerhalb der Allianz befürchteten. Zudem könnte das US-Projekt einen neuen Paradigmenwechsel herbeiführen, der die Rollen des Angriffs, der Verteidigung und der Waffenkontrolle völlig undefiniere. Das amerikanische Konzept und seine Auswirkungen müssten in transatlantischen Diskussionen thematisiert werden, denn es sei für die Alliierten nur schwer verständlich, wie so weitreichende Entscheidungen wie der Einsatz von NMD ohne gründliche Diskussionen und Beratungen getroffen werden könnten. Es stelle sich die Kernfrage nach den Auswirkungen des Einsatzes von NMD auf den ABM-Vertrag. Es mögen zwar einige Gründe für seine Abänderung sprechen, die einseitige Aufkündigung sei jedoch nicht nur ein schlechtes Signal für Russland, sondern auch für die vielen Nuklearproliferatoren weltweit. Er rief deshalb die amerikanischen Freunde dazu auf, die strategisch-nuklearen Beziehungen der USA zu Russland auf einer weiterentwickelten Grundlage zu erneuern. Durch Beratungen und Dialoge mit den Alliierten solle ein Netzwerk hierzu errichtet werden.

Europa könnte dadurch ein bedeutender Part in der transatlantischen Sicherheit zukommen. Es bestünde jedoch auch die Gefahr einer Abkopplung Europas von Amerika und der Diskriminierung der europäischen Bündnispartner, die nicht EU-Mitglieder seien. Er verwies weiterhin darauf, dass die europäische Übernahme von Verantwortung für Sicherheit und Verteidigung zu einer Auflösung der WEU und damit der Versammlung der WEU führen könnte, glaubte jedoch, dass die Versammlung der NATO und das Europäische Parlament über die für eine in demokratischer Transparenz ent-

wickelte Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik nötige Infrastruktur verfügten. In diesem Zusammenhang freute er sich über die Entscheidung des Ständigen Ausschusses, die Beziehungen zum Europäischen Parlament zu verbessern.

Abg. **Ruperez** (Spanien) erinnerte an die Herausforderungen der Versammlung in den letzten Jahren. Der Frieden auf dem Balkan sei noch ungesichert. Den Auftrieb der Länder dieser Region in ihren Demokratisierungsbemühungen und Volkswirtschaften, den sie der NATO verdankten, gelte es zu sichern. Insofern sei die amerikanische Senatsdebatte, die auf einen möglichen Rückzug der Amerikaner aus der KFOR hindeutete, beunruhigend. Die Europäer stellten zwar 85 % der Truppen im Kosovo und auch der finanzielle Beitrag Europas sei substantiell für die Wiederherstellung und Modernisierung der gesamten Region, die amerikanische Präsenz in der Region wäre jedoch das deutlichste Anzeichen dafür, dass die internationale Gemeinschaft den Balkan nicht wieder in den Krieg schlittern ließe. Auch der Kaukasus mit seinem immensen ökonomischen Potenzial blicke in eine noch unsichere Zukunft. Aufgrund seines beachtlichen Einflusses treffe Russland die Verantwortung, nicht nur in Tschetschenien Frieden zu schaffen, sondern in der gesamten Region. Dazu zähle auch der Norden mit dem Baltikum. Die Verletzung der Menschenrechte durch das Lukaschenko-Regime sei inakzeptabel. Hinzuzufügen bliebe der Mittelmeerraum, der ebenfalls Unsicherheiten aufweise in Hinblick auf sein kulturelles Öffnen, seine ökonomische Modernisierung und seine politische Orientierung. Auch hier hoffe er, dass die NATO und die Versammlung weiterhin nach Wegen zur Stärkung des bereits fest etablierten Dialogs der Mittelmeerstaaten suche.

Vor seinem Abschied bedankte sich Abg. **Ruperez** (Spanien) bei all denjenigen, die ihn durch die Jahre hindurch in der Versammlung begleiteten.

Im weiteren Verlauf der Sitzung billigte die Versammlung die Entscheidung des Ständigen Ausschusses, Kroatien den Status einer assoziierten Delegation zuzuerkennen.

Picula, der Außenminister Kroatiens, hob in seiner Rede zum einen die Entscheidungen der Versammlung lobend hervor und würdigte zum anderen den Beitrag der Teilnahme Kroatiens an den durch die NATO PV veranstalteten Rose-Roth-Seminaren. Die Ziele kroatischer Außenpolitik beschrieb er wie folgt: Beitritt in die Europäische Union und in die NATO; gute Zusammenarbeit mit den Nachbarländern im Rahmen des Stabilitätspaktes und schließlich die Förderung der Handelsfreiheit bzw. der freien Mobilität der Menschen. Ferner erinnerte er an den Status Kroatiens als Partnerstaat des NATO-Programms „Partnerschaft für Frieden“. Bezüglich des internationalen Strafgerichtshofs von Den Haag betonte **Picula** den Wunsch Kroatiens, die guten Beziehungen zu dieser Institution beizubehalten. Hinsichtlich des Verfahrens zum Beitritt der Länder Südosteuropas in die EU äußerte er den Vorzug des sogenannten „individuellen Approach“ gegenüber dem „regionalen Approach“. Abschließend betonte er die Vorteile einer Konfliktpräventionspolitik in Südosteuropa, die innerhalb eines weiteren Demokratisierungsprozess durchgeführt werden sollte.

Die Frage des Abg. **Blunt** (Vereinigten Staaten) nach der Politik der neuen kroatischen Regierung gegenüber der bosnischen Gemeinschaft in Kroatien beantwortete **Picula** mit

den neuen politischen Veränderungen, wie Reduzierung der Subventionen für die bosnischen Kroaten, mehr Transparenz und größere Betonung der Erziehung sowie Verbesserung der medizinischen Versorgung.

Auf die Frage der Abg. **Mahon** (Vereinigtes Königreich) nach der Rückkehr der Flüchtlinge erwiderte er, dass seine Regierung gegen ethnische und religiöse Diskriminierung sei und dass die Flüchtlinge willkommen seien. Wichtig sei die finanzielle Unterstützung aus dem Ausland für Entwicklungsprojekte während der Rückkehrphase.

Auf die Frage des Abg. **Stillinger** (Dänemark) nach den Beziehungen zwischen der kroatischen Regierung und der serbischen Opposition sowie der Zukunft der Beziehungen zwischen Kroatien und dem Post-Milosevic-Serbien wies **Picula** auf das Treffen zwischen der serbischen Opposition und seiner Regierung hin, bei dem die kroatische Seite Beispiele aus eigener Erfahrung zur Verfügung stellte. So hat die kroatische Regierung der serbischen Opposition aus eigener Erfahrung geraten, sich vom Nationalismus zu befreien. Serbien stehe vor zwei Optionen: ein blutiger Wandel wie in Rumänien oder eine friedliche, auf Wahlen folgende Veränderung wie in Kroatien.

In seinem Vortrag sprach **Lord Robertson of Port Ellen**, der Generalsekretär der NATO und Vorsitzende des Nordatlantikrates, von deutlichen Fortschritten in Bosnien. Die Flüchtlinge seien zurück, die Kriegsverbrechen würden gehandelt, die Demilitarisierung schreite voran. Es gebe aber auch deutliche Negativaspekte, wie zum Beispiel die Ausbreitung des organisierten Verbrechens, der Korruption und so weiter. Für Kosovo benötige man wesentlich mehr Polizei, Staatsanwälte, Richter und auch Geld für die UN-Aktivitäten. Allerdings seien auch hier Fortschritte zu verzeichnen. Immerhin seien mehr als 850 000 Flüchtlinge sicher zurückgekehrt. 550 Schulen seien wieder funktionsfähig. Viele Schüler erhielten erstmals Unterricht in ihrer eigenen Sprache. Die KLA sei entwaffnet. Insgesamt habe man 10 000 Waffen sichergestellt. Lösungen für die Region biete nur eine Zusammenarbeit der NATO mit den Ländern der Region. Das Konzept Partnerschaft für den Frieden sei auch hier erfolgreich. Alles dies werde aber nur dann wirken, wenn es in die Euro-Atlantische Partnerschaft eingebettet sei. Des Weiteren vertrat **Lord Robertson of Port Ellen** die übliche, zurückhaltend positive Position gegenüber der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsinitiative und die vorsichtig zurückhaltende, eher negative Position gegenüber dem nationalen Raketenabwehrsystem der USA. Insgesamt nannte der Generalsekretär die Versammlung als den wichtigsten Ort, an dem die wesentlichen Diskussionen zwischen den Verbündeten stattfinden. Dies gelte im Übrigen auch für die Beziehungen zu Russland. Gerade dann, wenn man unterschiedlicher Meinung sei, müsse man miteinander reden.

Die litauische Abg. **Juknevičienė** wiederholte im Namen von neun Beitrittsaspiranten das Plädoyer dieser Staaten für eine schnelle Erweiterung. Die Antwort auf diese Frage wurde von **Lord Robertson of Port Ellen** mit dem Hinweis verweigert, dass darüber 2002 entschieden werde.

Abg. **Estrella** (Spanien) sprach sich für eine volle Wiederaufnahme der NATO-russischen Beziehungen nach dem Kosovo-Krieg aus. **Lord Robertson of Port Ellen** begrüßte die Entscheidung des Präsidenten Putin, die Beziehungen nach und nach wieder aufzunehmen. Eine Kooperation mit

Russland sei sehr wichtig, auch wenn Russland in naher Zukunft nicht der NATO beitreten werde. Zum Thema Verhältnis zu Russland fragte Abg. **Voinovich** (USA), was die NATO angesichts der offenkundigen Unterstützung Jugoslawiens durch Russland unternehme und äußerte seine Überraschung darüber, dass Russland den wegen Kriegsverbrechen angeklagten Verteidigungsminister Jugoslawiens, der vor kurzem Moskau besuchte, nicht verhafte. Der russische Abg. **Ozerow** (Russland) begrüßte die Entscheidung des Ständigen Ausschusses der NATO PV, die erstarrten Beziehungen zur Duma wieder aufleben zu lassen und fragte nach der Reaktion der NATO auf die Ratifizierung des START-2-Vertrages. **Lord Robertson of Port Ellen** antwortete auf die Frage des amerikanischen Abgeordneten, dass er überrascht sei über die Ehrlichkeit des russischen Außenministers, der nicht versuche, diesen Besuch zu verschleiern. Er begrüßte die Ratifizierung des START-2-Vertrages und merkte an, dass Abrüstungsgespräche bereits geführt würden und dass dessen Weiterführung wichtig sei.

Lord Robertson of Port Ellen antwortete auf die Frage des Abg. **Pastusiak** (Polen) nach der Position der NATO zu

Weißrussland, dass man sich mehr bemühen sollte, die Sorge über diese Situation der weißrussischen Regierung gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Was die Kontakte zu Herrn Solana betrifft, so gab der Generalsekretär zu, dass eine institutionalisierte Kooperation erforderlich sei, da das Kapital der westlichen Länder zu gering sei und keine Aufteilung zwischen der NATO und der EU zulasse.

Auf die Behauptung des Abg. **Viggers** (Vereinigtes Königreich), dass sich die NATO nicht nur bei Konflikten in Europa, sondern überall engagieren solle, erwiderte **Lord Robertson of Port Ellen**, dass die NATO ihre Schwerpunkte bereits erweitert hätte, und unterstützte die Idee, sich in Richtung globale Kooperation zu bewegen. Die NATO solle sich nicht nur an der Friedenswahrung, sondern auch an der Erzwingung und der Gestaltung des Friedens beteiligen.

Er teilte die Sorge des Abg. **Grassley** (USA) über die Nuklearbedrohung in der heutigen Welt, verstehe jedoch auch die Sorge der Mitglieder der italienischen Delegation über die nationale Raketenabwehr. Die Entscheidung über diese Entwicklung sei noch nicht gefallen. Die Meinungen der Alliierten würden dabei aber berücksichtigt werden.

Berlin, den 11. September 2001

Markus Meckel
Leiter der Delegation

Florian Gerster
Stellvertretender Leiter der Delegation